

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Tagesordnung bitte zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld haben wir wieder all jene Stücke zusammengefasst, die als beschlossen gelten. Das ist einmal ein einstimmiger Beschluss des Stückes Nummer 2), ebenso einstimmig die Stücke 5), 6), 7), 8) und 9), auch das Stück Nummer 10), beim GPS-Jahresabschluss 2013, das ist das Stück Nummer 12), gibt es die Gegenstimme Piraten. Nachtrag haben wir das Stück Nummer 13) einstimmig, Stück Nummer 15) einstimmig und Stück Nummer 16) ist beschlossen, aber Gegenstimme vom Herrn Gemeinderat Pacanda. Ebenso eine Gegenstimme gibt es beim Stück Nummer 18) und das ist wiederum die Gegenstimme vom Kollegen Pacanda.

Ich darf auch jetzt gleich anmerken, dass im nicht öffentlichen Bereich alle Stücke als beschlossen gelten. Beim Stück Nummer 4) gilt nur ein Zusatz und zwar da gibt es zwei Punkte und beim zweiten Unterpunkt gibt es die Gegenstimme der KPÖ und des Piraten. Damit gibt es heute keinen nicht öffentlichen Teil mehr.

Dann habe ich jetzt noch etwas zu berichten und zwar brauchen wir vorweg, bevor wir das Stück Nummer 1 beschließen, das ist der Rechnungsabschluss 2013 auch die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2013, das ist das Stück Nummer 19) und das gehört, wenn ich so sagen darf, vorher berichtet und beschlossen, erst dann können wir den Rechnungsabschluss beschließen. Hier wurde mir mitgeteilt, dass die Berichterstatterin, die Frau Klubobfrau Bergmann ist.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Bergmann

2) A 8-66147/2013-61

Amt für Wohnungsangelegenheiten,
Umstellung auf Fernwärme,
Nachtragskredit über € 73.000,- in der OG
2014

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

In der OG 2014 werden die Fiposse

1.85300.010000 „Gebäude, Umstellung auf Fernwärme“

2.85300.298302 „Rücklagen, Entnahme Feinstaubrücklage“

um je 73.000,- erhöht.

5) A 8/4-2434/2014

Körösisstraße 21 und 23
Auflassung vom öffentl. Gut und
unentgeltliche Rückübereignung einer
196 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 2945,
EZ 50000, KG Geidorf

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

1. Die Auflassung einer 196 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 2945, EZ 50000, KG Geidorf, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

2. Die unentgeltliche Rückübereignung einer 196 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 2945, EZ 50000, KG Geidorf, [REDACTED] wird aufgrund des Bescheides GZ.Präs. 051228/2013/0011 der Präsidualabteilung der Stadt Graz genehmigt.
3. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
4. Die Vermessung, die Errichtung des Teilungsplanes und die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt.
5. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages – wenn erforderlich – erfolgt durch die Präsidualabteilung – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

6) A 8/4-2929/2008

Mariatroster Straße – Seitenweg
Auflassung vom öffentl. Gut und
unentgeltliche Rückübereignung des
Gdst.Nr. 506/2, EZ 50000, KG Graz Stadt-
Fölling, mit einer Fläche von 75 m²

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

1. Die Auflassung des Gdst.Nr. 506/2, EZ 50000, KG Graz Stadt-Fölling, mit einer Fläche von 75 m², aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Rückübereignung des Gdst.Nr. 506/2, EZ 50000, KG Graz Stadt-Fölling, an [REDACTED] wird aufgrund des Bescheides GZ. A 17-005323/2008/0019 der A 17 – Bau- und Anlagenbehörde vom 22.1.2014 genehmigt.
3. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.

4. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages, die Sicherstellung der Dienstbarkeiten und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch die Präsidialabteilung – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

7) A 8/4-35765/2009

Leberackerweg
Bescheidmäßige unentgeltliche
Grundabtretung und Übernahme des
Gdst.Nr. 85/18, EZ 513, KG Neudorf, mit
einer Fläche von 685 m² in das öffentliche
Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme des Gdst.Nr. 85/18, EZ 513, KG Neudorf, mit einer Fläche von 685 m², welches sich im außerbüchlichen Eigentum der ■■■ befindet und mit Bescheid vom 19.10.2007, GZ 013001/2007/0003, zur Abtretung vorgeschrieben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

8) A 8/4-39967/2011

Hummelkaserne
Übernahme von Straßenflächen aus dem
Privatbesitz in das öffentliche Gut der
Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

1. Die Übernahme der Gdst.Nr. 578/2 (731 m²), EZ 2571, Gdst.Nr. 791 (6.932 m²), EZ 2569, Gdst.Nr. 789 (9.243 m²), EZ 2567 und Gdst.Nr. 790 (1.077 m²), EZ 2568 und einer ca. 375 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. .1477/2, EZ 25709, alle KG Wetzelsdorf, mit einer Gesamtfläche von 18.358 m², welche mit Gemeinderatsbeschluss vom 18.11.2010 erworben wurden, aus dem Privatbesitz der Stadt Graz in das öffentliche Gut wird genehmigt.
2. Die Übernahme einer ca. 375 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. .938, sowie eine ca. 28 m² große Teilfläche des Gdst.Nr. .938, beide EZ 863, KG Wetzelsdorf, mit einer Gesamtfläche von ca. 403 m², welche mit Entschließung vom 26.6.2012 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Rüscher erworben wurden, wird genehmigt.

9) A 8/4-23000/2008

Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof/
Umkehrschleife Asperngasse;
Erwerb zusätzlicher Flächen nach
Endvermessung und Übernahme in das
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

1. Der Erwerb einer 53 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 1036/9, EZ 1222, KG Lend, aus dem Eigentum [REDACTED], wird zu den Bedingungen [REDACTED] abgeschlossenen Vereinbarung vom 22.7.2010, welche bereits in der Stadtsenatssitzung vom 10.9.2010 (Ferialverfügung) beschlossen wurde, genehmigt.

2. Die Übernahme der in Pkt. 1) erworbenen 53 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 1036/9, EZ 1222, KG Lend in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Die unentgeltliche Übertragung einer 26 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 2645, EZ 1239, KG Lend, welches sich im Privatbesitz der Stadt Graz befindet, in das öffentliche Gut, Gdst.Nr. 2572, EZ 50000, KG Lend, wird genehmigt.

10) A 8/4-10372/2011

Messendorfgrund
Übernahme des 343 m² großen Gdst.Nr.
873/4, EZ 861, KG Graz Stadt-Messendorf
aus dem Privatbesitz in das öffentliche
Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme des Gdst.Nr. 873/4, EZ 861, KG Graz Stadt-Messendorf, im Ausmaß von 343 m², aus dem Privatbesitz der Stadt Graz in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

12) GPS-000249/2014/0003

Jahresabschluss 2013

Der Verwaltungsausschuss für das GPS Grazer Parkraumservice stellt den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 17 Abs. 3 des Organisationsstatutes des GPS

1. den Jahresabschluss 2013

mit einem Ergebnis von 599.396,11

einer Ergebnisabführung von € 449.396,11

und einem Bilanzgewinn von € 150.000,00

2. sowie den Geschäftsbericht 2013

genehmigen.

NT 13) Präs. 12437/2003-68

Vertretung der Stadt Graz in
Kommissionen, Vereinen, wirtschaftlichen
Unternehmungen;
Änderungen

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Frau LAbg. a. D. Annemarie Wicher wird Frau Mag.a Irene Hoffmann-Wellenhof als Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Stadtmuseum Graz GmbH nominiert.

Anstelle von Frau CO GR.in Daniela Gmeinbauer wird Herr GR. Mag. Andreas Molnar als Vertretung der Stadt nominiert:

als Ersatzmitglied im Gemeinsamen Schulausschuss.

NT 15) A 8-044725/2008/0095
A 10/8-12316/2013/0006

Holding Graz Linien, Adaptierung der
Sicherheitsräume entlang der Straßen-
bahnlinie 1,
Aufstockung des Verkehrsfinanzierungs-
vertrages HGL über € 143.000,-

Der Ausschuss für Verkehr gemeinsam mit dem Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellen gemäß § 45 Abs. 2 Z 5 und 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der gegenständliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Bedeckung der Baukosten der Stadt Graz beträgt in Summe € 143.000,- und erfolgt auf dem Deckungsring
10803 „Kleinmaßnahmen“ € 143.000,--
3. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Aufwendungen für die oben genannten Maßnahmen erweitert. Dafür wird den Holding Graz Linien ein weiterer Zuschuss in Höhe von € 143.000,- bis längstens Ende des Jahres 2015 gewährt.
4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird mit der Planung der oben genannten Maßnahmen beauftragt.
5. Mit der baulichen und organisatorischen Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen wird die Holding Graz beauftragt.

NT 16) A 8-004882/2008-16

Grazer Parkraumservice
Personalbereitstellungs GmbH
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Grazer Parkraumservice Personalbereitstellungs GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Wege gem. § 34 GmbHG
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 der Grazer Parkraumservice Personalbereitstellungs GmbH
3. Zustimmung zur Verwendung des Bilanzergebnisses per 31.12.2013 von € 0,00, durch Vortrag auf neue Rechnung
4. Entlastung des Geschäftsführers, KR Günther Janežič, der Grazer Parkraumservice Personalbereitstellungs GmbH für das Geschäftsjahr 2013.

N 18) A 8-8679/2010-42

ITG Informationstechnik Graz GmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung;
Umlaufbeschluss

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der ITG Informationstechnik Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, im Umlaufwege den Anträgen gemäß beiliegendem Entwurf zuzustimmen.

Die Tagesordnungspunkte 2), 6), 7), 8), 9), 10), NT 13), NT 15) und NT 16) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 12) und NT 18) wurden mit Mehrheit (gegen Piratenpartei) angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Bergmann

NT 19) StRH-004221/2014

Vorprüfung des Rechnungsabschlusses
2013 (VRV)

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kontrollausschuss hat in den letzten zwei Sitzungen sehr umfangreich den Prüfbericht über die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2013 behandelt und auch einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Stadtrechnungshof legte diesmal den Bericht zur Prüfung für den kameralen Abschluss in zwei Bänden vor und zwar erstmals in einem Analyseteil, der die hauswirtschaftliche Mehrjahresbetrachtung auch unter dem Blickwinkel aus stadtökonomischer Sicht befasst und den zweiten Teil, das ist der Prüfteil, wo im Rahmen der Prüfung des Abschlusses die Feststellungen und die Empfehlungen des Stadtrechnungshofes aufgezeichnet sind. An dieser Stelle möchte ich gleich zu Beginn meines Berichtes allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes und natürlich auch der Finanzdirektion recht herzlich danken, denn hier wurde wirklich ein Gewaltakt durchgeführt, wenn ich so sagen möchte, in knapp zwei bis drei Wochen wurde dieser umfangreiche Prüfbericht erfasst und konnte uns vorgelegt werden (*Applaus KPÖ*).

Der Rechnungsabschluss der Stadt Graz vermittelt laut Stadtrechnungshof ein ausreichend klares Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die vorgelegten

Unterlagen waren im Wesentlichen vollständig, rechnerisch richtig und rechtskonform. Nun zum Inhalt. Das laufende Haushaltsergebnis, also das Maastricht-Saldo 1 war im Jahr 2013 mit rund 3,7 Millionen Euro leicht negativ. Es gab eine deutlich negative freie Finanzspitze, das ist jener Betrag, der normalerweise für Investitionen zur Verfügung stünde, mit rund 34 Millionen Euro im Minus. Dies zeigt auch der Wegfall von Sondereffekten der Vorjahre und ergibt ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. In Bezug auf den laufenden Haushalt stellte der Stadtrechnungshof auch fest, dass sich die Einnahmen aus Steuern, aus Ertragsanteilen, aus Gebühren und aus Bedarfszuweisungen gegenüber dem Jahr 2012 um rund 24,2 Millionen Euro erhöht hatten. Die 2012 noch zugeflossenen 33,8 Millionen Euro aus den Pensionsabgeltungen der Holding Graz und 3,3 Millionen Euro Infrastruktur- Sonderzuschüsse des Landes erklären auch, dass der Rückgang des Saldos 95,6 % ausmachte. Bereinigt man eben diesen Saldo mit diesen Einmalabgeltungen so ergibt sich im Vergleich zum Jahr 2012 für das Jahr 2013 ein schlechterer Saldo in der laufenden Gebarung von 1,7 Millionen Euro. Die Vermögensgebarung hat ebenfalls einen negativen Saldo von minus 71,1 Millionen Euro, dies deutet darauf hin, dass es höhere Investitionssummen als Einnahmen aus den Vermögensverkäufen gegeben hat. Der Saldo 3 in der Finanzgebarung erhöhte sich von 2012 auf 2013 um 213,9 % beziehungsweise um zirka 51 Millionen Euro. Die Einnahmensituation in der Finanzgebarung wurde gegenüber 2012 vorwiegend bestimmt aus einem Rückgang der Rücklagenentnahmen, einer Erhöhung der Schuldaufnahmen um 189 Millionen Euro. Demgegenüber standen erhöhte Ausgaben aus dem Erwerb von Beteiligungen beziehungsweise Geld, das in Beteiligungen floss, in Höhe von 99 Millionen Euro. Rücklagenzuführungen von 34 Millionen Euro und eine geringere Rückzahlung von Schulden gegenüber der Vorjahre um minus 24 Millionen Euro. Der Stadtrechnungshof hat auch formelle Prüfungsfeststellungen getätigt und zwar zu den Budgetgrundsätzen. Zu Lasten des laufenden Haushaltes sollten solche Transfers nur abgebildet werden, die auch wirklich zur Abdeckung des laufenden Cash-Flows bei den Empfängerorganisationen benötigt werden. Es sollte

auch eine klare und konsequente Trennung von Ausgaben des laufenden Haushaltes und der Vermögensgebarung in der Querschnittsrechnung dargestellt werden. Zur Vermögensbewertung wurde festgestellt, dass aufgrund von fehlenden Bewertungsregeln in der Stadt das Eigentum der Stadt..., dass es dem Stadtrechnungshof nicht möglich war, die Richtigkeit dieser Bewertungen zu prüfen. Einschränkend ist auch festzuhalten, dass der Ansatz von Wiederbeschaffungswerten bei der Bewertung des öffentlichen Gutes, wie es erstmals 2009 durchgeführt wurde, eine sehr weite Auslegung der VRV bedeutete. Zu den einzelnen Finanzpositionen im Bereich der BGB-Buchungsschnittstellen war neuerlich festzuhalten, wie auch schon im Jahr davor, dass es wieder unzulässige negative Zahlen in der Abstattung beziehungsweise im schließlichen Rest dort entstanden waren. Bei den Beilagen wurde festgestellt, dass einige Beilagen sehr spät, eine Beilage unvollständig und eine Beilage gar nicht rechtzeitig dem Stadtrechnungshof vorgelegt wurden. In den beiden Teilen des Prüfberichtes gab es auch eine Zusammenfassung von Empfehlungen, insgesamt wurden hier 26 Empfehlungen getätigt, die die Bereiche der Darlehensaufnahmen, des Controllings, der Haftungen, des Dienstpostenplanes, des zugewiesenen Personals an die Holding sowie die Anweisungen von Pensionen an die Holding-Mitarbeiter. Es betrifft auch die Gebührenverrechnung, die Vermögensbewertung, und auch Eigentumsfragen bei Denkmälern wurde angesprochen. Nachdem gerade hier im Haus das Thema Schulden, und das betrifft auch das zukünftige Budget, immer verstärkt ein Thema ist, möchte ich dazu noch einiges aus dem Prüfbericht herausheben. Der Schuldenstand der Stadt Graz ohne Beteiligungen erhöhte sich vom Beginn des Jahres 2013 von 408 Millionen Euro auf 596,5 Millionen Euro mit Ende des Jahres 2013. Die Zinslast betrug 2013 7,75 Millionen Euro und zusätzlich dazu wurden Zinssicherungsmaßnahmen in Höhe von 12,1 Millionen Euro geleistet. Diese hohe Zahl an Zinssicherungsmaßnahmen war auch Thema im Kontrollausschuss. Dieser Betrag ist so zu verstehen wie eine Versicherungsprämie für die vereinbarten fixen Zinssätze laut der im Gemeinderat beschlossenen Zinsstrategie. Der Stadtrechnungshof merkt dazu an, dass diese

Zinsgeschäfte für das gesamte Haus Graz, also inklusive der Beteiligungen, geleistet wurden, jedoch eine verursachergerechte Zuordnung nicht getroffen wurde, diese jedoch wünschenswert sei. Den Schulden standen natürlich auch Tilgungen in Höhe von 29,8 Millionen gegenüber, diese waren jedoch im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig. Der Prüfbericht befasste sich auch mit den in den letzten Jahren aufgenommenen endfälligen Darlehen in Höhe von 127 Millionen Euro. Diese beinhalten laut Stadtrechnungshof besondere rechtliche und finanzielle Risiken. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage dürfen Darlehenstilgungen nicht mit neuerlichen Kreditaufnahmen zurückbezahlt werden. Somit könnte das in Zukunft zu einer enormen Belastung des ordentlichen Haushaltes führen. Zum Zeitpunkt der Prüfung lag dem Stadtrechnungshof keine integrierte Finanz- und Tilgungsplanung vor. Das Statut der Stadt Graz schreibt dafür aber eine Bildung einer Vorsorge vor. Die Stadt Graz hat mit Ende 2013 für ihre Unternehmungen insgesamt Haftungen in Höhe von 699 Millionen übernommen. Weiters wurden im Jahr 2013 Haftungen zusätzlich in Höhe von 245 Millionen Euro beschlossen, für diese gab es jedoch noch keine Darlehensaufnahmen. Daraus wurden Haftungsentgelte in Höhe von rund 6,9 Millionen Euro im Jahr 2013 vereinnahmt. Der Stadtrechnungshof hat dazu angemerkt. Der österreichische Stabilitätspakt 2012 sieht in Zukunft Haftungsobergrenzen vor, welche von den Ländern festzulegen sind. Die Steiermärkische Landesregierung hat bereits die Haftungsobergrenze-Verordnung 2014 beschlossen, welche mit 1.3. dieses Jahres in Kraft getreten ist. In Zukunft dürfte es für den Gemeinderat der Stadt ohne Zustimmung des Landes nur mehr eingeschränkt möglich sein, Haftungen zuzustimmen, wenn diese Haftungsobergrenze überschritten wird.

Der Stadtrechnungshof empfiehlt daher, die Haftungsentwicklungen hinsichtlich der genannten Verordnung genau zu beobachten. Weiters wurde auch heute schon im Finanzausschuss darüber gesprochen, das ist ebenfalls im Prüfbericht dargestellt, dass es in Zukunft Neuerungen im Rechnungsabschluss geben wird. Ab dem Jahr 2018 soll der gesamte Rechnungsabschluss, auch der kamerale Abschluss, in Form einer

Bilanz und G&V-Rechnung abgeschlossen werden. Weiters ist eine Änderung, dass unter Umständen die Schulden der Beteiligungen genauso dem Maastricht-Ergebnis zugerechnet werden. Das stellt natürlich für die Stadt große Herausforderungen dar. Die Stadt Graz ist diese Stadt in Österreich, die ja jetzt bereits konsolidiert den Haushalt erstellt, und dieser Prüfbericht, da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, betrifft nur den kameralen Haushalt. Erst dieser konsolidierte Rechnungsabschluss, der nachgereicht wird im Gemeinderat, wird ein klares Bild ergeben. Die Aufbereitung des Prüfberichtes hat für die Mitglieder des Kontrollausschusses sehr viel Einsicht in die Finanzgebarung der Stadt gegeben und wurde auch mit sehr großem Interesse behandelt. Erstmals dargestellt die Wirkung der Finanzen beziehungsweise des ausgegebenen Geldes auf die einzelnen Bereiche des Lebens in unserer Stadt und auch die Darstellung, wie weit Ziele der Stadtentwicklung auch wirklich mit diesen budgetären Maßnahmen erfüllt werden können. Ich danke dem Stadtrechnungshof noch einmal für diese tolle Einsicht in die städtische Finanzgebarung und ersuche um Annahme dieses Prüfberichtes. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Berichterstatteerin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüs

1) A 8-66146/2013-48

Landeshauptstadt Graz,
Rechnungsabschluss 2013

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüs**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat! Ich darf Ihnen einige Bemerkungen zum Rechnungsabschluss, zum kameralen Rechnungsabschluss des Jahres 2013 geben. Darf vielleicht gleich am Anfang festhalten, dass der Rechnungsabschluss von der Finanzdirektion und von der Abteilung 8/3 erstellt wird. Das ist auch die Grundlage für die Vorprüfung durch den Rechnungshof, ich möchte an dieser Stelle ebenfalls, so wie meine Vorrednerin, der Finanzdirektion und allen, die da mitgearbeitet haben, und dem Stadtrechnungshof einen großen Dank aussprechen für die sehr, sehr umfangreiche Arbeit, die gemacht wurde und die selbstverständlich für die Analyse und für die weitere Finanzpolitik sehr, sehr wichtig und nützlich ist. Ich möchte nicht unmittelbar auf das Zahlenmaterial eingehen, Sie haben im Bericht, der Ihnen zur Verfügung steht, eine ausführliche Darstellung von Aufteilung in ordentliche, außerordentliche Gebarung in der funktionalen Gliederung des Rechnungsabschlusses, Entwicklung des Maastricht Ergebnisses usw., sondern ich möchte mich auf einige wesentliche und wichtige Ergebnisse des Rechnungsabschlusses hier beschränken. Erste Frage, weshalb diskutieren wir hier und jetzt den Rechnungsabschluss 2013, nachdem wir ja noch keine konsolidierten Zahlen haben, nachdem es noch keinen konsolidierten Rechnungsabschluss gibt? Muss man sich vorstellen, wie wenn man ein Haus baut. Man hat einen genauen Plan und wenn der Rohbau fertig ist, dann ist eben das ganze Haus noch nicht fertig, sondern eben ein Teil davon. Aus diesem Grund ist es aus meiner Sicht einfach nicht möglich oder nur sehr begrenzt möglich, aus den Ergebnissen des kameralen Haushaltes auf die gesamte Finanzsituation der Stadt Graz zu schließen. Weshalb liegt der Abschluss trotzdem vor: Wir sind nach dem österreichischen Stabilitätspakt

verpflichtet, dass wir bis Ende April den geprüften Rechnungsabschluss auch dem Land melden. Vielleicht erinnern Sie sich, die meisten von Ihnen, dass wir in den vergangenen Jahren, ausgenommen das Jahr 2013, den Rechnungsabschluss im November diskutiert haben. Wir sind heuer bereits im April dabei, das eben noch nicht ganz gelungen ist, das ist, dass wir nicht alle Abschlüsse der Beteiligungen haben, sodass wir eben heute den konsolidierten Rechnungsabschluss noch nicht vorlegen können, das wird aber entweder im nächsten oder im übernächsten Gemeinderat der Fall sein. Wir werden hier sicherlich auch in der Zukunft noch besser werden, dass wir im April-Gemeinderat dann auch den gesamten konsolidierten Rechnungsabschluss vorlegen können. Ich möchte trotzdem gerne einige wichtige Ergebnisse festhalten. Als erstes Ergebnis, die Kommunalsteuer als wichtigste gemeindeeigene Abgabe ist auf dem Spitzenwert von 115 Millionen Euro im Jahr 2013 gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 7,6 %, dieser Zuwachs liegt über den Lohnabschlüssen, dieser Zuwachs liegt auch über der Inflation, das heißt, die Kommunalsteuer deutet an, was wir immer sehr, sehr stolz und durchaus wichtig festhalten, wir haben in der Stadt Graz Beschäftigungshöchststand. Das ist ein schönes Ergebnis und zeigt, in einem Nebensatz gesagt, dass die Grazer Wirtschaft...

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten Teile der Wortmeldung von StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher, die Wortmeldung von GR. Hötzl und Teile der Wortmeldung von GR. Dr. Wohlfahrt nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...Haftung ist da mit fünf Millionen drinnen, kann man so oder so diskutieren, ich habe mit Karl Kamper diskutiert, nur es ist ein bisschen schwierig, wenn eine Haftung von fünf Millionen drinnen steht und unter Umständen bei 15 Millionen geradestehen muss. Wenn das wirklich schiefgeht, was uns keiner wünscht

und es schaut nicht danach aus und, und, und, dann müssen wir ein Grundstück samt Schulden übernehmen und diese maximal, ich glaube, so zehn, dreizehn Millionen Schulden, die da drauf sein können, ist in der Haftung nicht drinnen. Also ich bitte hier noch einmal, die Methodik anzuschauen, dass bei Haftung wirklich all das drinnen ist, was theoretisch worst Case passieren kann. Sonst könnte einmal was schiefgehen, der konkrete Fall ist unter Kontrolle, das ist mir schon klar, aber bei Haftungen bitte ganz, ganz sensibel sein, bitte wirklich alles, was rechtlich vorstellbar ist, auch darstellen. Der letzte Punkt ist jetzt ein bisschen weg vom Rechnungsabschluss hin so quasi hin zur Politik. Gerhard, du hast gesagt, die Politik ist bestätigt, ich glaube, die Finanzplanung ist bestätigt, die schätze ich auch sehr im Hause Graz. Wir haben Budgets, die halten, wir sparen manchmal sogar Reserven genug drinnen, das passt alles gut, bei der Politik bin ich mir nicht ganz so sicher, weil wenn ein Budget in Zahlen gegossene Politik ist, wie es manchmal so heißt, dann wäre der Rechnungsabschluss in Zahlen gegossener Vollzug eigentlich. Und da denke ich mir jetzt zum Beispiel, heute haben Sie bei der Sitzung in den Ausschüssen ein Schulausbauprogramm, vielleicht sind wir da auch ein bisschen spät dran, vielleicht wäre es auch gescheiter gewesen, schon voriges Jahr das drinnen zu haben, vielleicht wäre das besser gewesen, dass man jetzt nicht vereinzelt Containerklassen aufstellen müssen. Also ich bin mir nicht sicher, ob dieses Budget das wichtigste ist, es geht auch ganz viel um Inhalte und da muss ich sagen, hat sich viel geändert. Beim Budgetvollzug hat sich nicht so viel geändert in den letzten Jahren, das ist weiterhin absolut in Ordnung, da will ich nichts kritisieren, aber so ein bisschen kommt mir vor, ist die Politik in eine gewisse Gestaltungslosigkeit versunken. Die letzte Periode stand für den Ausbau der Kinderbetreuung, das haben wir erfolgreich umgesetzt, Ausbau im öffentlichen Verkehr auch größtenteils umgesetzt und dergleichen. Was haben wir jetzt, man könnte sagen, wir haben einen Schulausbau fast versäumt, wir geben jetzt Vollgas, dass wir da rechtzeitig drauf sind, ganz wichtig und gut, Straßenbahnausbauten, vielleicht sollten wir da hinschauen, dass hier die Konzepte fehlen, nicht da sind, wir sind bei weitem nicht dort, wo wir sein sollten und ich

glaube, das ist mindestens genauso wichtig wie der Rechnungsabschluss an sich, das ist auch das, was uns der Rechnungshof eigentlich noch mitgeteilt hat. Bitte schaut, was ihr damit bewirkt, was eigentlich passiert und ich glaube, dann müssen wir noch vermehrt hinschauen. So quasi die Buchhaltung an sich als Darstellung ist super in Ordnung, die Politik kann ich logischerweise nicht ganz unterstützen, aber das war auch zu erwarten. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie der Herr Stadtrat schon gesagt hat, haben wir heute eben nur die Hälfte unserer Zahlen auf dem Tisch und das wirkliche Bild wird es erst in einige Monaten, hoffentlich, wie Sie gesagt haben oder wie du gesagt hast, in einem Monat, das wäre zum Vorjahr schon eine deutliche Verbesserung. Wünschenswert wäre es, wenn wir das bald schaffen würden, auf einmal auf den Tisch zu bekommen, weil ich denke, ich habe es im Vorjahr schon gesagt, wenn es die Stadt Graz schafft mit den wenigen Mitarbeitern, die dafür zur Verfügung stehen, und da einen riesigen Dank an die Finanzdirektion und speziell an den Michi Kicker, wenn es die Stadt Graz schafft, dann werden es die Beteiligungen mit den vielen Controllern, die dort teilweise tätig sind, wohl auch schaffen können und ich hoffe, dass wir es dann im nächsten Jahr vielleicht soweit haben, dann können wir vielleicht en bloc über dieses Thema reden. Heute ist es schwierig, weil es eben, was die Zahlen betrifft, sage ich einmal, Unschärfen gibt, die sich dann wieder relativieren werden. Zur Diskussion, die da zwischen Kollegen Hötzl und Wohlfahrt da gelaufen ist, wer jetzt was beeinflussen kann. Ich denke, die Wahrheit liegt in der Mitte, es ist nicht so, dass wir nichts machen können, es ist ja nicht so, dass der Stadtrat alleine was macht, wir alle hier im Gemeinderat, wir gestalten Politik und natürlich ist die Politik dafür verantwortlich, dass Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden und wenn es gute Rahmenbedingungen gibt, dann gibt

es auch Unternehmen, die sich gerne in Graz ansiedeln und dann gibt es auch mehr Kommunalsteuer. Ich glaube, das ist der Weg und der scheint in Graz gut zu funktionieren und da müssen wir draufbleiben und ihn weiter verbessern, aber ich sage einmal, da sind sicher gute Ansätze da. Der Stadtrat hat es auch schon erwähnt, dass von Bundesseite 2018 neue Vorschriften auf uns zukommen werden. Für uns wird es eher in die Richtung gehen, dass man genau hinschauen müssen, wie es der Herr Finanzdirektor auch schon gesagt hat, dass da nicht irgendwo welche Vorschriften kommen, die unseren guten Weg eigentlich konterkarieren und dass wir dann mühevollen Aufwand haben und viel investieren müssen auch an personellen Ressourcen, um etwas abzubilden, das die Aussagekraft unserer Zahlen vielleicht sogar verschlechtert. Also wir müssen darauf schauen, dass die Änderungen, die wir noch einbauen, in die Richtung gehen, dass die Aussagekraft dann weiter verbessert wird, aber nicht, dass man irgendwas implementieren, nur weil es irgendeine Vorgabe gibt und dann wird es schlechter. Die Zahlen hat der Herr Stadtrat auch schon sehr ausführlich erwähnt, da möchte ich auch nicht im Detail darauf eingehen, ich glaube, man kann mit gutem Gewissen sagen, dass das Schiff auf dem richtigen Kurs ist, es gibt keinen Grund zum Jubeln, der Schuldenstand, der bei 1,1 Milliarden Euro liegt ist sicher kein Grund zum Jubeln, aber wichtig ist, dass man die Ziele, die man sich gesetzt hat, auch einhält und da, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Was der Kollege Wohlfahrt gesagt hat, so nach dem Motto, der Finanzvollzug gefällt ihm, aber die Politik, die vermisst er, und hat das Thema Schulausbau als Beispiel genannt. Da muss ich schon entgegenhalten, ich meine, diese Dreierpartnerschaft, diese Konsolidierungsgemeinschaft ist jetzt seit eineinhalb Jahren zusammen, vorher hat es fünf Jahre eine schwarz/grüne Koalition gegeben und ich nehme an, das Thema Schulausbau ist nicht vom Himmel gefallen von heute auf morgen, sondern...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Haßler**: ...es ist von heute auf morgen gekommen und jetzt auf einmal haben wir die Probleme, das glaube ich nicht, sondern da sind wir schon alle, ich will keinem eine Schuld zuweisen, da sind wir alle gemeinsam dafür verantwortlich, dass wir da einen guten Weg finden und da bin ich schon bei den Sorgen, die ich habe, die auch der Stadtrechnungshof hat, das ist auf der einen Seite einmal die Folgekosten, dass man die noch stärker in Betrachtung ziehen müssen, das kann man nur voll unterstützen, dass man da verstärkt hinschauen müssen und da ist auch die grundsätzliche Frage, weil wir immer so stolz darauf sind, dass Graz wächst: Wieviel Wachstum vertragen wir überhaupt in der Stadt? Weileines muss schon allen klar sein, Wachstum bedeutet in erster Linie jetzt einmal kurzfristig ein Mehr an Kosten, das heißt, wir müssen eine Infrastruktur zur Verfügung stellen, wir müssen den Verkehr ausbauen, wir müssen die Bildungseinrichtungen ausbauen und die Folgewirkung, dass dann mehr an Einnahmen kommt, das amortisiert sich vielleicht in 10/20 Jahren, aber momentan sind wir vor der Herausforderung, dass wir auch durch das Wachstum einfach ein Mehr an finanziellen Mitteln brauchen und es wird schwer zu heben sein und wir werden vielleicht noch in die Diskussion kommen, dass das auch mit dem Rahmen, den wir uns gegeben haben, gar nicht so leistbar ist. Weil wenn wir 300 Millionen im Bereich des öffentlichen Verkehrs ausgeben müssen, um nur die notwendigsten Dinge zu machen, da rede ich noch gar nicht von der Entlastung der Herrengasse oder was, wenn wir 120 Millionen im Bildungsbereich usw. ausgeben wollen, dann müssen wir irgendwo zusätzliche Finanzmittel herbekommen, das geht nur auf der einen Seite, wenn man es vielleicht schaffen über den Finanzausgleich, die ungerechte Kopfquote, die Graz hat, zu korrigieren, dann könnten wir 30 bis 50 Millionen pro Jahr, wenn wir auf den Durchschnitt kommen, zusätzlich lukrieren. Da haben wir aber auch heute gehört, vor 2016 auf keinen Fall und wer weiß, ob überhaupt und es ist genauso ungewiss und wir reden

schon seit Jahrzehnten davon und auf der anderen Seite wird es auch notwendig sein, gemeinsam mit dem Land darüber nachzudenken, ob man nicht im Bereich des Verkehrs irgendeine Form von zusätzlicher Finanzierung findet. Weil sonst werden wir das Ganze nicht schaffen. Also in dem Sinne habe ich jetzt einmal die Hälfte kommentiert, die zweite Hälfte folgt, wenn dann die Zahlen vorliegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrte Gemeinderäte, Gemeinderätinnen, Gäste auf der Tribüne, Frau Vizebürgermeisterin! Jetzt fühle ich mich doch ein bisschen herausgefordert, weil ich gerade eine laufende Diskussion auch mit dem Finanzstadtrat habe, wo er wieder einmal signalisiert, hättet ihr doch den Stabilitätspakt unterschrieben, und jetzt genau an den Ausführungen von meinem Kollegen Gerhard Wohlfahrt und jetzt auch vom Gemeinderat Haßler wird noch einmal evident, warum wir diesen Stabilitätspakt nicht unterschrieben haben, weil die Perspektive eine enden wollende ist. Das war jetzt 2013 vielleicht noch mit Ach und Krach zu schaffen, ist eben in einer wachsenden Stadt, und da können wir uns wünschen, das weniger Leute zuwandern, das ist eine Realität, die ist schon vor Jahren klar gewesen, dass hier eine Dynamik vorhanden ist, wo ein Kurs, der nach hinten geht, nämlich wieder hinunterzugehen, ein Budget zu reduzieren absolut nicht zusammenpasst. Wir sind nicht dafür fürs Hinausschmeißen von Geld, aber wir wissen und wir haben gewusst, dass mit dem Investitionsvolumen, das ihr beschlossen habt, das nicht zu erheben sein wird, das war der Grund, warum wir nicht unterschrieben haben und der zweite Grund ist, dass wir mit einem Eckwertbudget, in dem wir jetzt kurzfristig und kurzfristig Maßnahmen beschneiden, die dann im Endeffekt wesentlich teurer werden, weil wir sie uns trotzdem leisten werden müssen. Wir können ja nicht so tun, als würden die Menschen nicht nach Graz weiterhin ziehen und neue Aufgaben auf uns zukommen. Das heißt, eigentlich müsste eine sorgsame Budgetpolitik so aussehen, dass man die

ein bis zwei Prozent, die wir an jährlichem Wachstum haben, auch in einem Budget spürt, das mitgeht mit der Bevölkerung und mit der Entwicklung und der Dynamik in der Stadt. Das ist schwierig und ich weiß und ich bin ganz bei dir, wenn wir davon reden, was die Finanzierung im Verkehr zum Beispiel anbelangt, endlich einmal weiterkommen, zum Thema Nahverkehrsabgabe, es gibt eine Diskussion, die im Ausschuss gestern wieder abgestoppt wurde, wo wir auch über Bemaunungssysteme geredet haben, um im Verkehr auch Einnahmenquellen zu erschließen, ist auch wieder abgestoppt worden, das heißt, man traut sich dann nie über diesen Punkt. Die Zweitwohnsitzabgabe, wo nichts weitergeht, es gibt einen Bereich, wo wir zusätzliche Einnahmen brauchen, die genau für einen Ballungsraum notwendig sind. Hier tut sich nichts, hier tut sich auch innerhalb der Parteien zwischen den Ebenen nichts und dann wird nächstes Jahr das große Jammern, spätestens Anfang..., es hat ja schon heuer angefangen, wenn ich gerade an das Schulausbauprogramm denke, das ist ja wohl offensichtlich, dass sich das von vorneherein so nicht abspielen hat können, das heißt, ich bin neugierig, wie es mit dem Stabilitätspakt weiter geht und ich fühle uns bestätigt, dass wir gesagt haben, so ein Stabilitätspakt wird dieser Stadt leider nicht gerecht (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ein paar Bemerkungen noch zunächst zum Kollegen Hötzl. Ich hoffe nicht, dass ich den Eindruck erwecke, dass das sozusagen meine Ergebnisse sind von meiner Tätigkeit in der Stadt. Ich glaube, für so naiv halten Sie mich nicht. Hat Ihnen einen guten Schuhlöffel gegeben, um sich bei den Abteilungen zu bedanken, dieser Dank ist richtig und gerechtfertigt, wurde von mir auch am Anfang gesagt. Letztlich ist so ein Rechnungsabschluss natürlich die Leistung von Abteilungen, die mit ihren Vorgaben umgehen, es ist die Leistung von denjenigen, die die Vorgaben machen, das ist die Stadtregierung unter der Leitung des Bürgermeisters und der Frau Vizebürgermeisterin, im engeren Kreis sicherlich die drei

Stabilitätspaktpartner, aber selbstverständlich auch die Ressorts, die zu den beiden Regierungsmitgliedern gehören und für die diese verantwortlich sind, die nicht in diesem Stabilitätspakt drinnen sind. Das ist überhaupt keine Frage und ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit, es ist ein Gemeinschaftswerk. Das, wofür wir uns verantwortlich fühlen, da gebe ich dem Gerhard Wohlfahrt durchaus Recht, die Finanzdirektion auf Verwaltungsebene und nicht in der politischen Ebene, das ist die Gesamtverantwortung. Wir entscheiden ja nicht über einzelne Ausgaben für den oder den Zweck, auch nicht für eine Investition für den Zweck, sondern das ist... wir haben ein Ressortprinzip klarerweise und das ist Aufgabe in dem Ressort. Die Frage vom Gerhard Wohlfahrt, ob wir zu viel gespart haben, möchte ich doch darauf hinweisen, das Geld steht ja den Abteilungen nach wie vor zur Verfügung. Es ist eben nicht so wie bei anderen Budgets, dass am Jahresende abgeschnitten wird...

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte der Schluss der Wortmeldung von StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Piratenpartei) angenommen.

Berichtersteller: GR. Haberler

3) A 8-66149/2013-6

Abteilung für Verkehrsplanung
Errichtung einer Gemeindestraße und
eines Geh- und Radweges im Bereich
Hirtenkloster
1. Projektgenehmigung über € 1.100.000,-
in der AOG 2014-2016
1b. Reduzierung der Projektgenehmigung

Neugestaltung Annenstraße um
€ 500.000,-
2. Kreditansatzverschiebung über
€ 370.000,- in der AOG 2014

4) A 10/8-013229/2014/0002

Errichtung der südlichen Gemeindestraße
und eines Geh- und Radweges im Bereich
des Hirtenklosters

- Projektgenehmigung über
€ 1.100.000,-

GR. **Haberler:** Es geht um die Berichterstattung über das Verkehrskonzept Hirtenkloster. Wie man weiß, ist da geplant gewesen, dass der 40er-Bus durchgeht, durch die massiven Proteste aus dem Siedlungsgebiet dort ist es zu einer Auflassung dieser Idee gekommen, dass wir da den Bus durchführen. Natürlich bedauerlich, weil die Anbindung an den öffentlichen Verkehr dann sehr schlecht nur ist, also weite Wege, was aber von der Siedlung gewünscht wurde. Es geht im Stück darum, dass wir entgegen der bisherigen Beschlüsse des Grazer Gemeinderates soll die ÖV-Trasse im Siedlungsgebiet Hirtenkloster nicht als Bustrasse zur Ausführung gelangen, sondern vorerst nur der anstehende Motivenbericht, das Siedlungsgebiet kurzfristig nicht, also ist durch diesen Antrag nicht qualitätsvoll an den städtischen öffentlichen Verkehr angebunden. Es geht um die Genehmigung eines Geh- und Radweges und um den Ausbau einer Gemeindestraße und um die Genehmigung von je 370.000,-, also 1,1 Millionen Euro bis zum Jahr 2016. Die Idee war auch dahinter, dass man sich dort die Dienstbarkeit regelt, wenn man später einen ÖV-Anschluss machen müsste über Straßenbahn, dass man dort die Straßenbahnschienen schon vorsichtshalber also verbaut, damit man die ÖV, damit man quasi sichert, dass die Straßenbahn fahren kann. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Das Chaos hat sich offensichtlich auch bei der Berichterstattung durchgeschlagen. Der Kollege Haberler hat jetzt den Tagesordnungspunkt 4) berichtet, eigentlich müsste jetzt der Tagesordnungspunkt 3) auch noch berichtet werden, machen wir es gemeinsam, brauchen wir es nicht noch einmal extra berichten.

Zu Tagesordnungspunkt 3):

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

1a. In der AOG 2014-2016 wird die Projektgenehmigung „Umbauarbeiten Bereich Hirtenkloster“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.100.000,- wie folgt

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2014	MB 2015	MB 2016
Umbauarbeiten Bereich Hirtenkloster	1.110.000	2014-2016	370.000	370.000	370.000

beschlossen.

1b. Die bestehende Projektgenehmigung „Neugestaltung Annenstraße“ wird um € 500.000,- wie folgt gekürzt:

Projekt	Ges.Kost.	Ausgaben bis Ende 2013	VA 2014	Folgejahre
Neugestaltung Annenstraße	1.000.000,00	474.178,31	362.600,00	163.221,69
Kürzung für PG Umbauarbeiten Bereich Hirtenkloster	-500.000,00		-354.000,00	-146.000,00
Summe	500.000,00	474.178,31	8.600,00	17.221,69

2. In der AOG des Voranschlags 2014 wird die Fipos

5.61200.002170 „Straßenbauten, Hirtenkloster,“

(AOB 1008; DR 10870) mit	€ 370.000,-
neu geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse	
5.61200.002610 „Straßenbauten, Annenstraße“ um	€ 354.000,-
5.61200.002380 „Straßenbauten, Kleinmaßnahmen“ um	€ 16.000,-
gekürzt.	

Zu Tagesordnungspunkt 4:

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verkehr und des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses gemäß § 45 Abs. 2 Pkt. 7, 10 und 18 in Verbindung mit § 90 Abs. 4 und § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der gegenständliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Entgegen den bisherigen Beschlüssen des Grazer Gemeinderates und des Stadtsenates soll die ÖV-Trasse im Bereich des Siedlungsgebiets Hirtenklosters vorerst nicht als Bustrasse zur Ausführung gelangen, sondern sollen vorerst nur die im voranstehenden Motivenbericht lt. Pkt. 3 angeführten Maßnahmen umgesetzt werden. Damit kann der überwiegende Teil des Siedlungsgebietes kurzfristig nicht qualitativ an den städtischen öffentlichen Verkehr angebunden werden. Für eine zukünftige ÖV-Nutzung, wie z.B. die NW-Straßenbahnlinie, ist die ÖV-Trasse jedoch weiterhin frei zu halten.
3. Die bestehenden Aufträge an die Baufirma für die Errichtung der ÖV-Trasse im Bereich der ÖWG-Siedlung wurden aufgelöst. Die restlichen Finanzmittel in Höhe von € 610.000,- aus der Aufwandsgenehmigung ÖV-Trasse Hirtenkloster (GZ: A 10/8 – 10.893/2009-14, am 22.9.2011 vom Stadtsenat in Höhe von € 820.000,- bewilligt) wurden dieser Projektgenehmigung zugeführt.

4. Die Abteilung für Immobilien A 8/4 wird beauftragt, die bisher mit der ÖWG getroffene Dienstbarkeit, welche einen Ausbau der ÖV-Trasse bzw. Straße innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren vorsieht, andernfalls diese Dienstbarkeit verfällt, im Einvernehmen mit der ÖWG als Grundeigentümerin abzuändern. Diese Dienstbarkeit ist nunmehr so gestaltet, dass die Realisierung der ÖV-Trasse jederzeit, aber ohne konkrete zeitliche Festlegung erfolgen kann (d.h. „auf Verlangen der Stadt Graz“) und damit keine Fristversäumnis droht. Weiters ist in diesem Vertrag festzulegen, dass eine Zwischennutzung dieser Flächen durch die Eigentümerin oder die ansässigen Mieter ausgeschlossen ist und ausschließlich eine extensive Begründung lt. Pkt. 3 des Motivenberichtes zulässig ist. Darüber hinaus sollen in dieser Dienstbarkeitsvereinbarung mit der ÖWG zwei zusätzliche Geh- und Radverbindungen, eine am nördlichen Ende und eine im mittleren Bereich der Siedlung, in Richtung Osten aufgenommen werden. Diese geänderten Dienstbarkeiten sind auch grundbücherlich sicherzustellen.
5. Die Projektgenehmigung für die erforderlichen Umplanungsarbeiten, für die Errichtung der südlichen Gemeindestraße, der fehlenden Geh- und Radwege sowie einer zwischenzeitlichen Nutzung mit einer extensiven Begründung und einem Straßenbahngleis in Höhe von € 1.110.000,- wird erteilt. Die Finanzierung erfolgt durch Einsparungen
- Kürzung DR 10800 um 190.000,00
 - Kürzung DR 10803 um 420.000,00
 - Kürzung PG Annenstraße um insgesamt 500.000,00

Der jährliche Finanzierungsbedarf teilt sich wie folgt auf:

2014:	€ 370.000,-
2015:	€ 370.000,-
2016:	€ 370.000,-

6. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird mit den erforderlichen Planungen in Abstimmung mit den betroffenen Abteilungen und der Holding Graz beauftragt.
7. Die Holding Graz – Stadtraum wird mit der baulichen und organisatorischen Umsetzung des oben genannten Projektes beauftragt.
8. Die Holding Graz – Stadtraum wird nach der Umsetzung der Maßnahmen mit der betrieblichen und baulichen Instandhaltung beauftragt.
9. Das Straßenamt (A 10/1) wird nach Herstellung mit dem Betrieb, der Wartung und der Erhaltung der Straßenbeleuchtung beauftragt.

GR. **Pacanda:** Das wird jetzt schwierig, das zu toppen, muss ich echt sagen. Ich versuche, zumindest einen Teil ein bisschen aufzuklären und zwar geht es im Motivenbericht auch drinnen, in beiden Anträgen, also 3) und 4), vor allem im Punkt 3) Maßnahmen, unter Punkt 7 geht es um dieses eine Straßenbahngleise, was du da eben kurzfristig erwähnt hast, das eigentlich zur Bewusstseinsbildung dienen soll, also wo Bewusstsein geschaffen werden sollte, dass hier eine Trasse gebaut wird. Laut den Informationen, die ich gestern aus dem Ausschuss bekommen habe, handelt es sich eben um 50.000 Euro, die hier verwendet werden sollen für ein Gleis, das eigentlich über kurz oder lang wahrscheinlich in der Wiese verschwinden wird. Dementsprechend hätte ich einen Abänderungsantrag, und zwar würde ich es für viel sinnvoller empfinden, diese 50.000 Euro anstatt, dass man da ein Gleis, ein altbrauchbares Gleis in die Wiese verlegt, einen Bürgerbeteiligungsprozess dort vor Ort anstartet, also mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, mit den Bürgern dieser Region und mit ihnen gemeinsam diskutiert und ein Projekt erarbeitet, diskutiert und schaut, wie könnte man wirklich Bewusstsein schaffen nachhaltig für die Zukunft, dass hier eine Trasse gebaut wird. Das heißt, dass Bürgerinnen und Bürger selber Ideen einbringen können, möglicherweise kommen dort Ideen, möglicherweise eine

Straßenbahn aus Holz, also es sind ganz viele Möglichkeiten, was man dort machen könnte, was die Bürgerinnen und Bürger dort selber haben wollen. Vielleicht wollen sie selber sogar eine Schiene haben, das ist möglich, aber vielleicht fällt ihnen auch was Besseres ein, da bin ich fix der Überzeugung und dementsprechend würde ich bitten, meinen Abänderungsantrag in diese Richtung anzunehmen. Dankeschön.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bei diesem Stück, die Frau Vizebürgermeisterin hat es schon gesagt, das verfolgt uns ja schon seit einigen Jahren, weil dort die Bevölkerung auch sehr kritisch einer Bustrasse gegenübersteht. In diesem Stück geht es um, aus unserer Sicht, viele sinnvolle und für die Siedlung und für die Bewohnerinnen und Bewohner notwendige Maßnahmen, von daher werden wir diesem Stück auch unsere Zustimmung geben. Was im Ausschuss ja auch schon diskutiert worden ist gestern, und der Kollege Pacanda hat es auch angesprochen, das ist diese altbrauchbare Straßenbahnschiene, die dort verlegt werden soll, auf einer Länge von 460 Metern soll einspurig eine Straßenbahnschiene verlegt werden. Da geht es zum einen, wie der Philip Pacanda ja auch gesagt hat, um eine Bewusstseinsbildung dafür, dass hier dann eine Straßenbahn irgendwann einmal fahren werden soll. Zum anderen geht es aber richtigerweise natürlich auch darum, dass man diesen Teil sozusagen auch für die Öffentlichkeit sichern möchte und von da her ist es mir durchaus auch einsichtig, dass man dort nicht irgendwelche anderen Sachen errichten kann oder Bäume oder was auch immer dort wachsen lassen kann. Für uns oder was wir dabei kritisch sehen, das sind allerdings auch die Kosten dafür für diese 460 Meter, die doch immerhin

50.000 Euro kosten sollen und dem müssen wir uns auch bewusst sein, also ich gehe schon davon aus, dass das in der Öffentlichkeit durchaus als Schildbürgerstreich wahrgenommen werden wird, eine Straßenbahnschiene, die im Nichts beginnt, im Nichts endet, wo natürlich logischerweise keine Straßenbahn fahren wird.

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Eine Entgleisung.

GR. **Eber**: Entgleisen kann ja zum Glück auch nichts, weil ja eben nichts fährt. Es hätte uns auch die Idee gefallen, die ja, ich glaube, sogar vom Herrn Bürgermeister gekommen ist, dass man dort einen Straßenbahnwaggon oder so etwas hinstellt, kann man auch nutzen beispielsweise als städtische Bibliothek oder wie auch immer. Das ist nicht der Fall, wir stehen diesem Punkt skeptisch gegenüber, daher werden wir dem Abänderungsantrag von Philip Pacanda die Zustimmung geben und werden dem Stück selbstverständlich dann auch zustimmen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Kollegen, sehr geehrte Zuhörer! Also das Stück bewegt uns ja schon länger, das hat ja in der Vorperiode schon angefangen, die...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: In der Vor-, Vor-, Vor-Periode.

GR. Ing. **Lohr**: In der Vor-, Vor-Periode sagt die Frau Stadträtin Rücker zu Recht, das hat schon eine sehr lange Geschichte, aber die Tatsachen sind schon auch in der Ära Rücker gesetzt worden, wo man dann eben die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt hat, dass man eben diese Trasse gebaut hat. Das hat damals sehr viel Geld gekostet und jetzt ist es an unserem Stadtrat gelegen, das zu reparieren und in Abstimmung mit den Bürgern sinnvoll zu machen. Da kann jetzt ein Raunen durch den Saal gehen, aber der Herr Stadtrat Eustacchio ist sicher nicht jetzt für den Bau der Trasse verantwortlich, sondern für das Stück, das heute herinnen liegt, dass man endlich auf diesem Grundstück den Geh- und Radweg anschließt, weil sonst hätte da eine Verbindung, die nicht genutzt wird, die überhaupt sinnlos ist. Dass es jetzt eine Teilumsetzung, wo man eben die ÖV-Trasse einmal für zukünftige Planungen beibehält, in 10/20/30 Jahren ist ja durchaus gedacht, hier eine Straßenbahn durchzuschicken. Momentan der Bus hat keinen Sinn, weil es ist in der Umgebung, die Haltestellen, ist gut angebunden, das wird nur zur Verunsicherung und zum Protest der Anrainer führen und wie gesagt, da haben wir uns vom Anfang an mit den Bürgern solidarisiert, dass das sinnlos als Bustrasse ist. Zu den Schienen und zum Abänderungsantrag ist auch schon erklärt worden vom Kollegen Pacanda, haben wir gestern ausführlich diskutiert und es ist ein Symbol, dass den Bürgern bewusst wird, dass dort eine ÖV-Trasse eines Tages kommen wird. Es ist Bewusstseinsbildung, die Schienen, wie gesagt, mit 50.000 Euro, das ist wirklich nur ein ganz ein kleiner Puzzlestein, das Gesamtprojekt hat eine derartige Höhe, dass das sozusagen zu vernachlässigen ist. Die Idee, dass man dort eine Straßenbahnwaggon hinstellt, ist auch schön, aber hat ein Problem, dass der dann sicher auch mit Vandalen wieder zers5tört wird, beschmiert, die Scheiben eingeschlagen, also das macht dann eher wieder Mehrkosten als wie wenn man einmal die Schienen alleine hineinlegt. Wie gesagt ist der Vorschlag, der auch vom Herrn Bürgermeister gekommen ist und der dann gemeinsam mit dem Stadtrat eben als sinnvolle Betrachtung in die Zukunft

gedacht ist. Also keine Aufregung zu dem Stück, es geht einen guten Weg und ich bitte um die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte KollegInnen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Also die Möglichkeit, dort einen Straßenbahnwagen aufzustellen, den man **mit** Vandalen zerstört, das halte ich hoffentlich für einen Versprecher, ansonsten wäre es menschenverachtend...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das sind Tatsachen.

GR. **Dreisiebner**: ...**von** Vandalen zerstört, hast du wahrscheinlich gemeint. Aber es ist ja grundsätzlich und da lehne ich mich jetzt voll und ganz beim Kollegen Haberler an, es ist grundsätzlich ein Chaos, es ist ein Chaos, das jetzt nicht den Bericht vom Kollegen Haberler betrifft, sondern das Chaos ist das, dass das Ganze nicht in der Vorperiode oder in der Vor-, Vor-Periode begonnen hat...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr unverständlich.

GR. **Dreisiebner**: Horch einmal zu, da kannst was lernen, sondern dass es bereits im Jahr 1995 einen Grundsatzbeschluss gegeben hat.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Da warst du auch noch nicht dabei.

GR. **Dreiebner:** 1995 war ich in Graz nicht dabei, richtig. 2002 gab es einen Flächenwidmungsplan, den 3.0 Flächenwidmungsplan, dort war diese Trasse eingezeichnet, im selben Jahr gab es einstimmigen Beschluss für den Bebauungsplan, der diese Trasse vorgesehen hat, eine ÖV-Trasse für Bus später Straßenbahn usw. Das ist ja das Tolle, dass das so schön im Stück steht, wie ich von rechts gerade gehört habe und es gab dann weitere Beschlüsse, rechts von mir, links von euch. Es gab dann weitere Beschlüsse, die eben in einer Prioritätenreihung, Prioritätsstufe B mit hohem volkswirtschaftlichen Nutzen, mittel- und langfristig realisierbar, die Südwest-Linie, die Uni-Ring-Linie, die Nordwest-Linie. Jetzt weiß ich nicht, was das Problem ist, außer, dass ein paar Menschen aufgrund mangelnder Informationen, aufgrund mangelnder Einbindung unter Umständen skeptisch sind, aber sie wären gewinnbar und jetzt nehme ich gleich vorweg, was ich am Ende auch noch sagen wollte: Wir wollen auch aus diesem Grunde einer BürgerInneninformation, einer Einbindung im Sinne des Abänderungsantrages von Pirat Pacanda zustimmen. Jetzt komme ich noch einmal weiter, wir haben dann natürlich in der letzten Periode das weiter betrieben und es gab dann zum Beispiel auch noch den Beschluss des Mobilitätskonzeptes im Jänner 2012. Dort steht zum Beispiel drinnen, dass man im Gegensatz zu jetzt, wo man knapp 20 % nach der neuen Modal-Split-Verkehrsverteilungsstudie knapp 20 % ÖV-NutzerInnen haben, dass man auf 24 % kommen wollen in den nächsten Jahren bis 2020/2021 und dass im Umkreis von 300 Meter um große Siedlungsgebiete ÖV-Haltestellen bestehen sollen. Und wenn man sich den Hirtenkloster-Bereich anschaut, dann ist genau das für einen Großteil des Siedlungsgebietes, in der Endausbauphase

450 Wohnungen, mehr als 1000 Menschen, großteils nicht gegeben. Auch wenn am Gemeinderatsstück zum einen falsche Radien eingezeichnet sind und zum anderen auch Haltestellen angeboten werden, die man schwimmend über den Schleifbach ohne Fußwegverbindung natürlich erreichen müsste. Die Frage, ist das ein Chaos, erklärt sich dadurch, wie dieser Gemeinderat, wie die Parteien und Vorredner haben ja schon ihren Willen bekanntgegeben, diesem Stück zuzustimmen, wir werden das nicht tun, wie wir mit unseren eigenen Beschlüssen umgehen. Wir verschieben wichtige Infrastrukturprojekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs, wir jammern uns beinahe täglich an, dass wir das alles nicht erheben können finanziell, aber wir planen auch nichts und wir nehmen unsere eigenen gefassten Beschlüsse nicht ernst, das ist im Grund die Wahrheit, das müsste man alles drehen, beginnen, alles aufzusetzen, und dann kann ich eine ernsthafte Verkehrspolitik und eine ernsthafte Stadtplanungspolitik in dieser Stadt erkennen. Leider ist der Herr Bürgermeister gerade nicht da, aber ich brauch keine Schiene aus rostigem Altmetall, um zu wissen, was im Flächenwidmungsplan drinnen steht und was im Bebauungsplan drinnen steht. Ich als Gemeinderat und als Politiker weiß das und deswegen wäre die einzig mögliche Variante hier mit den, wieviel auch immer, zumindest 50.000 in eine Informations- und Meinungsbildungsphase mit den BürgerInnen zu gehen und danach die Bustrasse durch den Hirtenkloster möglichst anzugehen, das wäre unser Punkt und wir werden da in der Minderheit bleiben, aber ihr habt es ja leider als Mehrheit in der Hand (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Herzlichen Dank für die Vorredner. Wir sind selbstverständlich für das Stück, wir sind aber gegen den Abänderungsantrag und zwar nicht, weil ich für diese Schienen bin, die rostig dort herumliegen, das ist sicher nicht der Fall, aber es geht darum, wir alle wollen diese Straßenbahn da durch und die einzige, und das ist wirklich ganz wichtig, die einzige Variante, die rechtlich auch

zu sichern, ist eine Maßnahme zu setzen. Und diese Maßnahme ist eine sehr kostengünstige Maßnahmen, Schienen zu legen. Ob die jetzt 460 Meter sein müssen, das ist eine andere Frage...

Zwischenruf GR. Dreisiebner: Rechtlich hast einen Flächenwidmungsplan.

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Wir wissen aber alle, wenn dort was gebaut wird, ein Kinderspielplatz, was auch immer, dann ist es sehr schwer, diesen Grund wieder für die Straßenbahntrasse zu nutzen. Das ist eben sehr wichtig, das heißt, wenn wir dort Schienen, ich bin nicht dafür, wir wissen... wir haben es im Ausschuss ausreichend diskutiert. Wir können dort 200 Meter Schienen verlegen, dann haben wir das mit 20.000 Euro, was eine sehr geringe Investition ist, diesen Platz für die Straßenbahntrasse zu sichern, das ist wichtig, dass der Platz gesichert ist, deswegen werden wir gegen den Abänderungsantrag stimmen, aber natürlich für das Stück. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 3) wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

Der Tagesordnungspunkte 4) wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

Stadtrat Mag. (FH) Eustacchio übernimmt um 14.45 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsç

11) A 15/53084/2013

Wirtschaftsbericht 2013

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsç**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Ich möchte gerne zum Wirtschaftsbericht, ebenso wie vorhin die wesentlichen Ergebnisse hervorheben und ich beginne eigentlich mit der Diskussion damit, wo der Gerald Haßler nicht aufgehört hat, aber mitgebracht hat und zwar zunächst einmal der Hinweis, der Wirtschaftsbericht zeigt die wichtigsten Daten über den Arbeitsmarkt über Bildungssituation, über jene Bereiche, die für die Wirtschaftsentwicklung erforderlich sind, wichtig sind und zwar die Entwicklung dieser Bereiche im Jahr 2013. Es ist eine wichtige Grundlage, um politische Konsequenzen zu ziehen und daraus eben auch Maßnahmen abzuleiten. Darauf hinweisen möchte ich noch, dass in einem speziellen Kapitel in diesem Wirtschaftsbericht eine Analyse über die Kreativwirtschaft, über das Design, über den Design-Bereich der Stadt Graz gegeben ist, vom Herrn Gruber, Firma Beratungsunternehmen Convelop gemacht, deshalb in Auftrag gegeben, weil, wie Sie wissen, die Kreativwirtschaft zu einer der Stärkefelder und zu einem wichtigen politischen Bereich auch mit entsprechenden Budgetzahlen geworden ist. Beginnen möchte ich mit dem Hinweis, der allenthalben bekannt ist, nämlich dass Graz wächst. Ich möchte es aber ein bisschen genauer nehmen und zunächst einmal sagen, dass

Graz schnell wächst. Graz wächst eigentlich wahnsinnig schnell derzeit. Wir haben in den Jahren bis 2011 Zuwächse gehabt von Haupt- und Nebenwohnsitzbevölkerung in der Größenordnung zwischen 1.000 und 2.000 Personen, von 2011 im Jahr 2012 dann einen Zuwachs von 3.000 Personen und im Jahr 2013 einen Zuwachs von 3.700 Personen. Und diese Zahlen sind eine gewaltige Herausforderung für die Stadt. Auch mit dem schönen Ergebnis, dass wir Beschäftigtenhöchststand haben in der Stadt, reicht dieser Höchststand nicht aus, um all denjenigen Menschen, die zuziehen nach Graz, auch einen entsprechenden Arbeitsplatz anbieten zu können. Die Arbeitslosigkeit in Graz ist von 2013 gegenüber 2012 viel stärker gestiegen. Unsere Hauptzuwanderer, das sind HauptzuwanderInnen, das sind Menschen aus Rumänien, aus Ungarn und erst an dritter Stelle dann aus Österreich, vor allem aus dem Bereich der Obersteiermark. Wir haben unter den Arbeitslosen ungefähr die Hälfte der Personen ausschließlich mit Pflichtschulabschluss, das heißt, dort wo die Stadt sehr stark ist, im Bereich der Facharbeitskräfte, im Bereich der Arbeitsstellen, die Facharbeitskräfte erfordern, dort können wir gar nicht ein bedarfsgerechtes Angebot für diese Zuwanderer und Zuwanderinnen geben. Wie gesagt, weil ein sehr hoher Anteil davon nur den Pflichtschulabschluss hat. Die große Frage und die große Herausforderung für die Stadt ist deshalb, welche Impulse können wir auf dem Arbeitsmarkt geben, ich darf vielleicht an dieser Stelle erwähnen, dass sich die Stadt mit der Lehrlingsoffensive, die vorgestellt wurde vom Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin und Kollegen Eustacchio, wir bei einem Markt vor allem für die Jugendlichen ansetzen, welche möglichen Impulse auf dem Arbeitsmarkt sind gegeben. Als erster wichtigster Impuls an dieser Stelle immer zu nennen unsere Investitionen, die wir in einer Größenordnung das Haus Graz betreffend von zirka 100 bis 130 Millionen Euro pro Jahr ansetzen. Seit vielen Jahren, wir haben immer auch im Rahmen der Budgetziele festgehalten, dass wir dieses Niveau, Investitionsniveau, aufrechterhalten wollen, es hat ganz bedeutende Auswirkungen sicherlich auf den Arbeitsmarkt, in erster Linie auf den Bauarbeitsmarkt. Man kann sagen, es hat einen Beschäftigungseffekt von zirka 1000 Personen. Das ist sicherlich die wichtigste

Maßnahme, die die Stadt setzen kann. Natürlich ist die Überlegung von Herrn Hötzl zu überlegen, darzustellen, wie weit kann eine Stadt überhaupt auf den Arbeitsmarkt einwirken. Ich denke, dass wir eben über einige wichtige Maßnahmenbündel durchaus Impulse und Anreize setzen können, aber selbstverständlich werden Arbeitsplätze weder von der Stadt noch vom Land noch von der Bundesregierung geschaffen, sondern Arbeitsplätze werden geschaffen von mutigen, risikobereiten Unternehmerinnen, Unternehmern, Geschäftsleitungen usw. Die Stadt Graz konzentriert sich in Abstimmung mit dem Land seit mehreren Jahren auf insgesamt vier Stärkefelder, nämlich den Autocluster, Umwelt- und Energietechnologie, Human- und Biotechnologie sowie die Kreativwirtschaft, wir haben seit einem Jahr einen fünften Bereich dazu genommen zum Stärkefeld, nämlich den Tourismus. Ich werde dann noch ganz kurz auf den Tourismus zu sprechen kommen. Wir haben uns entschieden, auch mit Gemeinderatsbeschluss und mit langer Diskussion in der Stadtregierung, dass wir im Bereich der Kreativwirtschaft ganz gezielt Impulse setzen wollen, wir werden eine spezielle Unterstützung für Unternehmensneugründungen machen, schon durchgeführt ist die Ausschreibung nach einem Team, wir suchen zwei Teams, die bereit sind, Coworking-Einrichtungen zu erstellen, das ist eine neue Form der Zurverfügungstellung von Arbeitsräumlichkeiten, Büro- aber auch Werkstatträume, bei denen junge Menschen, die vor allem von unseren guten Ausbildungsstätten kommen und die Ideen haben, was zu verwirklichen, aber noch nicht das Geld, um sich Büroräume oder Arbeitsräume, Werkstättenräume anmieten zu können, die werden wir damit unterstützen. Die Ausschreibung war insgesamt sehr erfolgreich, sie ist Ende März zu Ende gegangen, wir haben insgesamt 11 Bewerbungen bekommen und sind dabei, aus diesen 11 Bewerbungen zwei auszuwählen, die wir mit insgesamt 150.000 Euro unterstützen wollen. Wir werden weiter insgesamt vier Projekte in den nächsten Wochen ausschreiben für neue kreative Produkte und werden diese Rückmeldungen dann durch einen Beirat für Innovation und Kreativwirtschaft bewerten lassen und eine Empfehlung abgeben lassen. Dieser Beirat wird derzeit gebildet, er soll ausschließlich aus

Unternehmerinnen/Unternehmern der Stadt Graz bestehen, also keine politische Beteiligung oder auch keine Funktionäre. Was die Wirtschaftsabteilung seit mehreren Jahren macht, dass es also speziell das Mietenförderungsmodell gibt für junge Unternehmen, die vom Alter her durchaus auch selbstverständlich höheren Alters sein können, das ist nicht einfach auf junge Menschen ausgerichtet, sondern auf Unternehmensgründungen. Genauso wird seit vielen Jahren das M4, Nikolaiplatz, das ist ebenfalls ein State-Up-Center, wo Personen, die Büroräume suchen zu günstigen Mieten, die sie zur Verfügung gestellt bekommen. Sehr wichtig an dieser Stelle ist auch, dass wir verstärken, die Stadt Graz, dass der Wirtschaftsbereich als Ansprech- und Servicestelle für Unternehmerinnen und Unternehmer, wir machen ganz gezielt Betriebsbesuche, auch bei unseren großen Unternehmen, letzte Woche etwa mit Beteiligung auch des Bürgermeisters bei Magna Steyr, um hier auch mittelfristig die Arbeitsmarktsituation abschätzen zu können. Als Letztes darf ich erwähnen, dass wir uns weiterhin um eine internationale Vernetzung bemühen wollen, die Aufgabe darin ist beim Tourismus angesiedelt, in der Tourismusgesellschaft, die Standortmarketing einheitlich für ganz Graz machen will. Es gibt auch Einzelmaßnahmen, bei denen wir versuchen, unsere Möglichkeiten als Stadt Graz (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wahrzunehmen und wenn es auch vielleicht durchaus auch ein bisschen Überlegungen mit sich bringt, aber wir haben zum Beispiel die Möglichkeit, dass sich die Stadt Graz, nachdem der Grand Prix wieder in Spielberg stattfindet, durchaus auch als Grand Prix Stadt da platzieren kann, es auch von Seiten der Betreiber oben das gerne gesehen wird, wir wollen solche Chancen jedenfalls nutzen und damit eben auch eine Möglichkeit, um uns international bekannt zu machen. Das sind in Kürze die wichtigsten Bereiche, ich möchte abschließen mit dem Tourismus, der Tourismus in Graz ist eine Erfolgsstory sondergleichen. Wir haben seit 2003, von 2003 auf 2004, selbstverständlich einen Nächtigungsrückgang gehabt, dann aber bis auf ein Jahr jedes Jahr Steigerungen bis zum Jahr 2013. Wir liegen bei einer knappen Million, wie wir alle wissen, und wir wissen zum Beispiel auch, dass über den Tourismus eine beachtliche Zahl an neuen Arbeitsplätzen geschaffen wird. Ich habe

im Ausschuss mit der Frau Bergmann eine sehr anregende Diskussion gehabt, weil diese Ausbildungsplätze selbstverständlich größtenteils Teilzeitarbeitsplätze sind. Haben natürlich den Nachteil, dass manche Personen da fast in eine Zwangssituation gedrängt werden, weil kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Wir wissen aber, ob man das gutheißt oder nicht, dass sehr viele Frauen, dass aber auch sehr viele Studierende auf solche Arbeitsplätze angewiesen sind und damit jedenfalls eben auch den Arbeitsmarkt durchaus entlasten kann. Der Tourismus, ist in diesem Bereich sehr wichtig zu erwähnen, hat einen großen Anteil an den neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Das sind die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Wirtschaftsbericht. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Wirtschaftsbericht 2013 zur Kenntnis nehmen.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Stadtrat Eustacchio, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Wirtschaftsbericht, positives Modell, also wirklich sehr, sehr guter Bericht, der abgeliefert worden ist. Der Herr Stadtrat Rüschi war es nicht alleine, das habe ich zur Kenntnis genommen, nämlich die Abteilung muss da vor den Vorhang hervorgeholt werden, die Frau Mag.^a Keimel und ihr Team leisten hier wirklich sehr, sehr gute Arbeit, der Marktplatz oder der Wirtschaftsstandort Graz wird hier unter ständiger Beobachtung, glaube ich, sehr, sehr gut beachtet und Neuigkeiten eingeführt, Innovationen geschaffen, damit sich die Wirtschaft hier gut entwickeln kann. Wermutstropfen, sind wir jetzt wieder bei der Kommunalsteuer. Trotz höchsten Beschäftigungsstands, jemals, glaube ich sogar, haben wir einen sehr deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Grund, Sie haben es selber gesagt, ist der starke Zuzug. Jetzt ist immer die Lobhymne, Stadt Graz ist die am stärksten wachsende Stadt in Österreich, was sehr positiv ist auch letztendlich im

Finanzausgleich für uns, weil wir pro Kopf sozusagen mehr Geld lukrieren können, aber mit all seinen negativen Begleiterscheinungen, die so ein starkes Bevölkerungswachstum mit sich bringt und Sie haben es auch konkretisiert. Die größte Gruppe der Zuwanderung liegt hier bei den Rumänen und Ungarn, das ist aber auch das, was die FPÖ schon mit Beginn der EU-Osterweiterung immer wieder gepredigt hat, dass das Probleme schaffen wird und hier haben wir es Schwarz auf Weiß, dass das tatsächlich Probleme sind, die seit Jahren negiert werden, wir immer (*Applaus FPÖ*) in ein gewisses Eck gestellt werden, wo man im Nachhinein sagt, ok, habt eh Recht gehabt, aber ist halt so. Also wir haben die Probleme sehr früh erkannt und hier ist es sehr schön einmal dargelegt worden, dass das Probleme sind, trotz höchstem Beschäftigungsstand auch wahnsinnig hohe Arbeitslosigkeit, ich glaube, die Steigerung der Arbeitslosigkeit war 14 % im Vergleichszeitraum vom Vorjahr, also hier sieht man sehr schön, leider sehr schön, dass es eben auch Probleme mit sich bringen kann. Trotzdem, Wirtschaftsbericht sehr gut, ich glaube, wir können trotz allem, bis auf diesen einen Wermutstropfen, sehr zufrieden sein mit der Entwicklung auf unserem Standort. Wir alle haben die Bedingungen dafür geschaffen, wir alle hier im Gemeinderat nämlich, dass der Wirtschaftsstandort sich sehr gut entwickelt hat, auch den Dank an den Herrn Stadtrat Rüschi, der das natürlich federführend noch umgesetzt hat, aber, wie gesagt, auch die Abteilung hat sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Vielen Dank (*Applaus FPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 14.58 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Pogner

NT 14) Präs. 018204/2014/0002

ExpertInnenkommission „Straßennamen“
Einrichtung, Kommissionsmitglieder,
Geschäftsordnung

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Gemeinderatssitzung am 23. Jänner beschlossen, eine Expertenkommission für Straßennamen einzurichten und dies soll mit diesem Gemeinderatsstück jetzt auch entstehen. Unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner soll die Geschäftsstelle besetzt werden, mit Dr. Wolfram Dornik und einer wissenschaftlichen studentischen Mitarbeiterin, dann werden nominiert von den Religionsgemeinschaften Dr. Alois Ruhri, Dr. Heimo Halbrainer, Mag. Heinz Schubert und als weitere Mitglieder werden genannt Univ.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer-Galanda, Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Petra Ernst-Kühr, Otto Hochreiter, Ass-Prof.ⁱⁿ DDr.ⁱⁿ Renate Kicker, Mag. Harald Knoll, Dr. Karl Albrecht Kubinzky, Univ.-Doz. Dr. Erwin Schmidl, ao. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Schmidlechner-Lienhart, Univ.-Doz. Dr. Martin Moll, die sollen also diese Kommission bilden und der Antrag lautet: Der Gemeinderat wolle beschließen: Den vorliegenden Bericht der Einrichtung der ExpertInnenkommission für „Straßennamen“ mit den genannten Kommissionsmitgliedern sowie die Geschäftsordnung der ExpertInnenkommission „Straßennamen“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht über die Einrichtung der ExpertInnenkommission für „Straßennamen“ mit den genannten Kommissionsmitgliedern sowie die

Geschäftsordnung der ExpertInnenkommission „Straßennamen“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Werte Kolleginnen und Kollegen! In der Sache haben wir ja über diese Thematik sehr oft schon diskutiert, meine Position, denke ich, sollte allen klar sein. Ich hoffe, dass auch angekommen ist, dass wir als Grüne nicht gegen eine solche Kommission sind, weil es Sinn macht, sämtliche Straßennamen auch einmal anzuschauen. Aber es gibt heuer mit dem Jahr 2014 und 100 Jahre Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs eben ein besonders Jahr, das man nicht verstreichen lassen sollte, ohne als Stadt ein Zeichen zu setzen und es gibt bereits x-mal gesagt, viele, viele, viele seriöse Forschungen, sei es über die Person Conrad von Hötzendorf, das Militär nimmt mittlerweile Abstand von ihm als eines der Vorbilder, es ist in Vorbereitung, dass dort die Kaserne umbenannt wird usw. und es gibt auch viele, viele Forschungen zu Personen, wie einem Ottokar Kernstock, über den man nicht einmal forschen muss, weil der sein NS-Vorbereitungsgedankengut selbst veröffentlicht, vervielfältigt und der Nachwelt stolz hinterlassen hat. Also es gibt hier auch seriöse Studien, langjährige Arbeiten von Universitätsprofessoren und -professorinnen wie Uwe Bauer als Germanist, wie etlichen Historikerinnen und Historikern und es gibt aus meiner Sicht, und ich bin froh, dass ich doch einige Unterstützung bekomme, gibt es einfach keinen Grund, bis 2017 zu warten, um in diesen Fragen bei diesen Straßennamen eine Umbenennung vorzubereiten oder zumindest, das wird ja auch nicht einmal gemacht, oder zumindest eine intensive BürgerInnenbeteiligung zu der Frage vorzubereiten. Es ist löblich, dass man sagt, man schaut sich alle Straßennamen an, unterstützen wir auch, aber es gibt einfach keinen Grund, das so aufzuschieben und nachdem bei den genannten Personen deren Hintergrund einfach so klar ist, verstehe ich nicht, warum man das nicht vorziehen kann und stelle daher diesen Zusatzantrag, der im Übrigen jetzt, ich weiß, auch von

der KPÖ Unterstützung findet, der auch vom früheren SPÖ-Kulturstadtrat Karl-Heinz Herper Unterstützung findet, der mir gesagt hat, er hat auch mit euch gesprochen, dass wir diese Umbenennungen inhaltlich vorziehen beziehungsweise die Beschäftigung mit dem Thema inhaltlich vorziehen, zu den Personen, wo es ganz klar ist, was die historisch gemacht haben. Das bedeutet einmal für 2014 Conrad von Hötzendorf unter Einbeziehung auch der Stellungnahme vom Bezirksrat Jakomini und die Ergebnisse der aus der jetzt demnächst stattfindenden Stadtteilversammlung, dass man da auch die Kommission bittet, dass sie vorher schon dazu Stellung nehmen und dass wir als Gemeinderat vorher dazu Maßnahmen ergreifen und auch spätestens 2015 anlässlich 70 Jahre Gedenken an den NS-Terror sich solcher Straßennamen wie Ottokar Kernstock anzunehmen. Wie Sie alle wissen und wissen sollten, haben sich etliche Gemeinden, Musikkapellen längst umbenannt, weil sie dieses NS-Gedankengut nicht in ihrer Namensnennung mehr enthalten haben wollen, wir als zweitgrößte Stadt des Landes könnten durchaus diesen kleinen Musikkapellen, diesen verschiedenen Orten, die das bereits getan haben, nachfolgen und das ebenfalls tun. Es gibt einen dritten Punkt in meinem Zusatzantrag, einen zweiten Punkt, der bedeutet, dass auch wenn, die Kommission ist gut zusammengesetzt, also das muss ich anerkennen, allerdings würde ich mir wünschen und das ist der zweite Punkt, dass sobald es um Namensnennung geht, wo auch andere Angehörige, andere Religionen vertreten sind, dass diejenigen aufgenommen werden zur Beratung und dass bei der Ingesamt-Beurteilung der gesamten Straßennamen und der Verteilung von Benennung nach Frauen und Männern auch zusätzlich dann Expertinnen für Frauen und Geschlechterforschung hinzugezogen werden, und ein dritter Punkt, der auf Vorschlag von Philip Pacanda gekommen ist, dass die Kosten, die diese Kommission ausmachen wird, uns bis zum Juni 2014 vorgelegt werden. Es ist völlig in Ordnung, dass die Leute für diese Arbeit bezahlt werden, das ist auch nicht der Punkt und es ist auch im Stück bereits klar, dass das aus dem Bürgermeisterressort gezahlt wird, aber trotzdem wäre es durchaus von Interesse, in welcher Höhe die Entschädigungen sind, die Leute sollen so eine wichtige Arbeit nicht nur gratis

machen, aber wir wüssten einfach gerne in welchem Ausmaß das ist. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Worten meiner Vorrednerin nur anschließen, also man sollte wirklich nicht so lange warten. Ich möchte jedoch noch auf einen Punkt eingehen, der die Zusammensetzung der Kommission betrifft. Inhaltlich, also von den Personen haben wir da eigentlich gar nichts daran auszusetzen, wir waren aber schon etwas überrascht und auch enttäuscht, dass die Zusammensetzung, die geschlechtermäßige Zusammensetzung dieser Kommission zehn Männer drinnen sind und vier Frauen. Natürlich kann man das jetzt wieder damit rechtfertigen, ja wenn man an die Uni schaut, da gibt es an Historikerinnen ja auch entsprechend dieser Zahl mehr Männer als Frauen. Ja, aber dann bitte schauen wir halt nicht nur an die Unis, viele von uns, also die in dem Bereich arbeiten, besonders wissen, dass es dort so ist, dass Frauen, besonders wenn sie noch Kinder kriegen, oft über den Status von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen nicht hinauskommen und nie die Professorentitel bekommen. Es gibt aber trotzdem dennoch sehr viele und auch sehr gute und renommierte Historikerinnen, auch an den Grazer Museen gibt es sehr viele und die hätte man da ja auch miteinbeziehen können. Gerade hinsichtlich dessen, dass es ja eigentlich generell der Fall sein sollte, dass bei solchen Kommissionen 50 : 50 ist und natürlich auch noch hinsichtlich dessen, dass ja auch bei Straßenbenennungen Frauennamen mehr zum Zug kommen sollen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Eine endlose Debatte, ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber jetzt bin ich doch ein bisschen

herausgefordert worden. Ich glaube, mit dieser Historikerkommission, wo wir auch diskutiert haben das letzte Mal relativ ausführlich, da hat man einen guten Kompromiss gefunden, ich glaube, die Historikerkommission ist durchaus qualifiziert und auch sehr vielfältig besetzt. Man weiß natürlich bei dem einen oder anderen, wo er auch herkommt, welche Grundsätze da mitgebracht werden, aber sei es drum, ich glaube, da ist eine gute Palette auch aufgebracht und abgedeckt und ich glaube, wir sollten jetzt wirklich einmal die Kommission beschließen und sie dann auch zu arbeiten beginnen lassen. Und jetzt nicht wieder das Ganze aufweichen und noch Leute irgendwo kontaktieren und aufnehmen zu wollen, weil das Ganze letztendlich zu nichts führt. Das ist ein ambitioniertes Ziel, da 600 oder 700 Personen auch zu durchleuchten, ich glaube, da sollte die Kommission jetzt einmal zu arbeiten beginnen, das braucht auch seine Zeit. Ich glaube, da sind drei Jahre nicht übertrieben, solange wird das ganz einfach auch brauchen und das wird uns dann vorgelegt werden und das ist dann auch eine Handlungsanleitung beziehungsweise auch eine Orientierungshilfe, um den Gemeinderat dann auch letztendlich dazu zu bringen, eine Entscheidung zu treffen und das ist uns ganz wichtig gewesen, dass diese Kommission eine Expertenkommission ist, die uns auch eine Expertise gibt und das ist die Grundlage, die wir dann zu Rate ziehen werden, um auch zu entscheiden, das ist völlig offen, wie dann entschieden wird, das kann sein, dass es in die eine oder andere Richtung geht. Für uns als Freiheitliche ist da nur wichtig, und man hat das gesehen, es war letzte Woche oder vor zwei Wochen eine Diskussion auch auf der Uni, wo auch politische Vertreter hier aus dem Gemeinderat dort waren und das Interesse ist enden wollend, also da waren 20 Leute dort, das zeigt auch in Wirklichkeit, dass dieses Thema völlig an der Bevölkerung vorbeigeht. Themen wie Arbeitslosigkeit, soziale Probleme, das interessiert die Menschen und nicht diese akademische Diskussion über die Straßennamen (*Applaus ÖVP und FPÖ*), wo es letztendlich, und das hat man am Beispiel Lersch gesehen, wo es natürlich auch darum geht, es ideologisch irgendwo auch zu verewigen, weil wie wir da mit dem Gegengutachten gekommen sind, dass der Lersch eben in keiner Nähe zum

Nationalsozialismus zu werten ist, hat man dann trotzdem den Platz auch umbenannt, weil man gesagt hat, das ist dort einfach, da gibt es keine Anrainer, da brauchen wir nicht diesen Verwaltungsakt per Bescheid machen und die aufwändigen Prozeduren da machen, sondern da können wir das relativ einfach machen und letztendlich geht es da beim Conrad von Hötzenberg auch darum, sich ganz einfach zu verewigen, ideologisch irgendwo ein Zeichen zu setzen und das ist halt schade. Und wir sagen und wir nehmen da auch diese Prüfung beziehungsweise diesen Bericht der Wirtschaftskammer ernst, die uns sagt, dass das zwei Millionen Euro kosten wird und das ist ja auch nicht zu vernachlässigen, das sollte man den Bürgern auch sagen und ich glaube, aus unserer Sicht ist es, und das kann ich durchaus schon vorwegnehmen, das Sinnvollste, wenn man jetzt einmal die Historikerkommission arbeiten lässt und dann die Bürger darüber informiert, welche Persönlichkeiten das sind und eventuell Zusatztafeln oder Sonstiges aufstellt. Mehr brauchen wir, glaube ich, in dieser Angelegenheit nicht, aber es ist wichtig, dass man auch einen Atlas hat und auch einmal eine Orientierung hat, welche personenbezogenen Straßennamen gibt es, welche Personen stecken da dahinter, da würde ich gleich anregen, auch diesbezüglich dann auch so einen Leitfaden herauszugeben für die Leute, die es interessiert, viele sind es ja nicht. Aber ich glaube, das ist die Aufgabe der Historikerkommission und das ist durchaus auch ein wertvoller Beitrag für diese Stadt (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. **Grossmann:** Scheinbar, Herr Klubobmann Sippel, sind es doch mehr als nur 20, weil den Gemeinderat beschäftigt diese Frage jetzt auch schon sehr intensiv...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: 48

GR. **Grossmann:** ...und immer wieder. Also erste Feststellung, ich bin glücklich, dass wir die ExpertInnenkommission heute beschließen können. Zweite Feststellung, die Sozialdemokratie wäre glücklich gewesen, bei 14 Mitgliedern sieben Frauen, sieben Männer vorfinden zu können. Aber man muss zur Kenntnis nehmen, die Religionsgemeinschaften haben drei Personen nominieren können, drei Personen haben sie nominiert, es sind drei Männer, das kann man als solches nur zur Kenntnis nehmen. Darf aber sagen, dass ich glaube, dass die Damen und Herren Expertinnen und Experten ausgezeichnete Voraussetzungen mitbringen, wirklich ExpertInnen sind als solche, das wollen wir auch so. Ich glaube, dass es keine gute Sache ist, wenn man hier dann schon Präjudizierungen vornehmen und sagen, aber wir wollen da sagen, der ist böse und das müsst uns dann auch sagen, dass der böse ist und der ist gut und das müsst ihr uns dann auch sagen, dass der gut ist. Ich glaube auch nicht, dass es sinnvoll ist, die ExpertInnenkommission unter einen Zeitdruck zu setzen. Es ist ja auch ein Gespräch gewesen, dass man gesagt hat, wie lange wird gebraucht werden, damit man alles gut überprüfen kann. Wir haben das letzte Mal gemeinsam einstimmig festgestellt, wir wollen alle Straßennamen in Graz überprüfen, diese Zeit wollen wir der ExpertInnenkommission auch geben. Ich glaube, dass wir auf das Vertrauen setzen können, dass wir einen guten Bericht bekommen. Was wir dann mit dem Endbericht anfangen, ist eine Frage der politischen Diskussion hierherinnen im Gemeinderat, da wird es uns wieder beschäftigen. Bis dorthin, glaube ich, müssen wir die Damen und Herren mit unserem Vertrauen ausstatten und auch auffordern, ihre Arbeit zu machen und bitte, Herr Stadtrat, korrigiere mich, aber die finanzielle Ausgestaltung der ExpertInnenkommission wird in einem eigenen im Stück dem Gemeinderat vorzulegen sein, weil wir das ja noch gar nicht Stück mit drinnen haben, also über diese Frage werden wir dann noch einmal zu beraten haben. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es wird jedenfalls finanziert, die Expertenkommission wird jedenfalls finanziert werden.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Zwei Repliken, eine zu dem ideologisch Verewigen, womit ich jetzt nicht ihre Hypo-Vergangenheit als Partei meine, sondern die Hauptbrücke, die wohl nichts anderes war als auch ein Versuch, sich zu verewigen oder diese Straßennamen, über die wir sprechen, die alle in der Dollfuß-Ständestaat-Zeit errichtet worden sind, die sehr wohl eine ganz klare ideologische Ausrichtung hatten, sonst wäre nicht ein Abraham-a-Santa-Clara aufgrund auch seiner antisemitischen Äußerungen ausgewählt worden, sonst wäre nicht ein Conrad von Hötendorf aufgrund seiner martialischen kriegstreiberischen Haltung ausgewählt worden. Also das zu dem Punkt, ideologisch sich da verewigen zu wollen. Der zweite Punkt, Michael Grossmann, zu dem Unter-Druck-setzen. Niemand will die Kommission unter Druck setzen, aber es gibt einige Personen aus dieser Kommission, die sich ohnehin schon geäußert haben, auch bevor die Kommission war, wie sie stehen zu der Frage zum Beispiel Conrad von Hötendorf und von denen hat niemand gesagt, wie der Herr Professor Kubinzky, negativ geäußert haben, dass sie nicht für eine Umbenennung sind, aber die haben sich schon geäußert, sie haben das auch schon historisch beurteilt. Also das ist jetzt kein Unter-Druck-Setzen, sondern die haben dazu auch schon eine Meinung, nicht mehr und nicht weniger wollte ich, dass diese Fälle, wo es bereits breit erforscht ist, viele, viele Publikationen dazu gibt, dass die nicht auch bis 2017 aufgeschoben werden, wenn man weiß durch öffentliche Wortmeldungen und durch Publikationen von Angehörigen der Kommission, was sie zu diesen Straßennamen und zu diesen Personen zu sagen haben und das ist, wie gesagt, kein

zeitliches Unter-Druck-Setzen, sondern einzelne Ergebnisse aufgrund von Gedenkjahr-Aktualität durchaus einmal vorwegnehmen und vorab besprechen (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner:** Liebe Daniela, da muss ich dazusagen, also wenn du möchtest, dass vorher Straßennamen so quasi ausgeklammert werden, weil man da eh schon weiß, was herauskommt, dann hätte man die Kommission nicht gebraucht. Für das haben wir die Kommission, die Kommission soll sich das alles anschauen und dann eine Entscheidung treffen und die werden wir hier herinnen zu beraten haben. Dein Vergleich auch mit der Hypo, der ist bei mir nicht ganz angekommen, weil das verstehe ich nicht ganz (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Wolltest du sagen, dass das so viel kostet wie die Hypo oder wie auch immer, das habe ich nicht ganz verstanden. Also ich glaube, wir sollten bei dem Thema bleiben und eine Umbenennung von Straßennamen kann ich, glaube ich, nicht mit einer Musikgruppe vergleichen, mit irgendeiner Musikkapelle im Dorf XY. Was auch sehr beachtlich ist, dass sich die umbenennen, aber da könnte sein, dass man irgendeinen zu ehrenden Bürgermeister oder so etwas sich deswegen umbenennt, aber wie gesagt, die Umbenennung einer Musikkapelle würde ich bitte auch nicht mit dem Umbenennen bei uns mit Straßennamen vergleichen. Also diese Vergleiche lasse ich so einfach nicht gelten. Das Tempo, auf das du da gedrückt hast und auf das auch die kommunistische Partei gedrückt hat, ich finde, wir sollten die Kommission, so wie schon erwähnt, arbeiten lassen, das Ergebnis soll vorgelegt werden und dann werden wir hier herinnen zu entscheiden haben, wie es weitergeht. Noch ein Wort zum Zusatzantrag, der eingebracht wurde, also ich empfehle im Namen der ÖVP-Fraktion, diesem Zusatzantrag nicht zuzustimmen. Dankeschön, dem Antrag aber sehr wohl (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Berichterstatter: GR. Mag Haßler

NT 17) A 8-024699/2006/0026

FH Standort Graz GmbH;

1.) Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes
der Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss

2.) Aktuelle wissenschaftliche Situation
Festlegung der Verhandlungslinie

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach einer solch emotionalen Diskussion ein nüchternes Stück zu berichten, ist nicht ganz leicht. An und für sich ein Routinestück, diesmal aber mit Besonderheiten gespickt, deshalb darf ich doch um eine gewisse Aufmerksamkeit ersuchen, und zwar geht es um den Routineabschluss der FH Standort Graz GmbH, wie gesagt, im Prinzip nichts Besonderes, aber es sind eben ein paar Besonderheiten passiert, die es wert sind, dass man es da auch näher betrachtet. Deshalb ein bisschen weiter ausholen; der Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung der baulichen Infrastruktur für den Betrieb der Fachhochschule Graz Eggenberg. Die Erlöse, die dort lukriert werden können von der Gesellschaft, sind im engeren Sinn sonstige Erlöse wie Gastro-Mieten, Parkplatzvermietung und sonstige Veranstaltungserlöse, und seit 2005 bekommt die Gesellschaft auch ein Entgelt, damals hat es Studiengebühren gegeben und da wurde vereinbart, dass ein Drittel der Studiengebühren pro Student an diese

Gesellschaft abgeführt wird. Als die Studiengebühren 2006 abgeschafft wurden, gab es eine neue Vereinbarung, da hat das Land dann vertraglich sich committet, dass sie diesen Beitrag weiterhin bezahlen wird. Mit diesem Beitrag des Landes, das sind zirka 500.000 Euro, wird ungefähr die Hälfte des Aufwandes dort abgedeckt und die zweite Hälfte hat eben die Stadt zu tragen. Dementsprechend sieht auch das Jahresergebnis aus, das heißt, die Einnahmen decken ungefähr die Hälfte ab, Ausgaben sind zirka bei 1,1 Millionen Euro und daher das Jahresergebnis 2013 mit einem Minus von 551.000 Euro. Im Prinzip, wie erwartet, sogar eine Spur besser, weil man im Budget noch 37.000 Euro mehr an Abgang erwartet hätte. Das ist sozusagen die Routine, wie sie alle Jahre stattfindet. Nachdem wir gewusst haben, dass es diese Verluste dort geben wird, haben wir 2011 schon einmal für einige Jahre Vorsorge getroffen, haben eine A-conto-Zahlung von 2.930.000 Euro überwiesen, die ist in eine nicht gebundene Kapitalrücklage eingeflossen und diese Rücklage wird jährlich abgeschmolzen, um eben dann den Verlust auszugleichen. Da sind wir im Plan und im Prinzip würde die Rücklage bis 2015 reichen, wenn nicht, und jetzt kommt die Besonderheit, wenn nicht der Umstand eingetreten wäre, dass das Land den Vertrag über diese Abführung des Drittels der fiktiven Studiengebühren per 31.12.2013 einseitig aufgekündigt hätte. Das heißt, wir bekommen jetzt zirka 500.000 Euro weniger und das Land hat es damit begründet, dass sie ein Sparbudget erstellen müssen und diese Ausgabe ist eben dem Sparstift zum Opfer gefallen. Klingt lapidar, bedeutet aber nichts anderes, dass das Land einfach uns diese Aufgabe überantwortet hat, sozusagen diesen Budgetposten, um bei sich selbst zu sparen. Es ist keine Einsparung irgendwo getätigt worden, sondern einfach Weitergabe an uns und wir haben jetzt 500.000 Euro mehr an Kosten. Diese Nichtzahlung des Landes bedeutet, muss man ganz offen sagen, für die Gesellschaft eine Existenzbedrohung und wenn man es hart ausdrückt, müsste man sagen, das Land gefährdet den FH-Standort in Graz mit dieser Maßnahme. Ist, glaube ich, eine ganz klare Auslage, die man dem Land auch so vermitteln muss. Durch den Entfall der Fremdeinnahmen des Landes haben wir auch noch ein anderes Problem, nämlich dass die Gesellschaft, die wir dort haben,

durchaus jetzt, sage ich einmal, in Frage gestellt ist, was in weiterer Folge bedeuten würde, dass der Verlust nicht nur um 500.000 Euro steigt, sondern noch um einiges höher sein könnte, weil wir im Bereich der Steuern Probleme bekommen könnten. Nun wurden viele, viele Verhandlungen geführt, das Land ist nicht bereit, von diesem Standpunkt herunterzusteigen, der einzige Kompromiss, der derzeit im Raum steht ist, dass das Land bereit ist, statt dieser 500.000 Euro 20.000 Euro pro Jahr zu zahlen und, das ist jetzt ein Punkt, den wir unbedingt im Vertrag drinnen haben wollen, und zusätzlich soll in diesem Vertrag sozusagen festgehalten werden für den weiteren Weg an diesem Standort, dass für den Fall, dass jemals wieder Studiengebühren eingeführt werden, und ich weiß, dass viele in diesem Gemeinderatssaal darauf hoffen, dass das nicht der Fall ist, aber falls die Studiengebühren wieder eingeführt werden, dann soll sich das Land verpflichten, uns dieses Drittel, das sie uns bisher gezahlt haben, wieder zu zahlen und rückwirkend auch für den Zeitraum zu zahlen, wo jetzt sozusagen nur der verminderte Beitrag gezahlt wird. Heißt, wenn in fünf Jahren Studiengebühren kommen würden, dann müsste das Land für diese fünf Jahre die Differenz, die es jetzt nachgelassen bekommt, nachzahlen und es wird dann vereinbart in fünf Jahresraten, wie diese Ratenzahlung aussehen soll. Das ist jetzt Stand der Verhandlungen und jetzt liegt es an der Geschäftsführung und auch an den politischen Gremien in Graz, gegenüber dem Land geschlossen aufzutreten, um diesen Standpunkt, das ist ein Mindestkompromiss, um diesen Standpunkt durchzubringen. Danke.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 beschließen:

- 1.) Der Vertreter der Stadt Graz in der FH Standort Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:
 - Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013
 - Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013
- 2.) Die Geschäftsführung der FH Standort Graz GmbH wird beauftragt, mit der FH Joanneum GmbH die Zusatzvereinbarung gemäß dem beiliegenden Vereinbarungsentwurf, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, zu finalisieren.

GR. Mag. **Frölich**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir wichtig, Gerald Haßler hat schon darauf hingewiesen, noch einmal zu betonen, dass es hier um Geschlossenheit geht, um Geschlossenheit der Stadt und aller politischen Parteien, die hier im hohen Gemeinderat sitzen, um dem Land einfach etwas auszurichten. Diese Differenz zwischen 20.000, die eigentlich letztlich ein durch Sonderrabatt reduzierter Betrag von 500.000 sind, um die gilt es jetzt zu verhandeln und der Dr. Kamper wird das tun und sollte, wenn er das tut, ausgestattet sein mit einem Mandat, dass die ganze Kraft dieses hohen Hauses hier hinter ihm steht und ihn stärkt gegenüber den Verhandlungspartnern beim Land. Das Land hat diese Vereinbarung der Zahlung ordnungsgemäß gekündigt, dennoch sollten wir bedenken, wie wichtig für unsere Stadt der Standort der FH ist, wir sind stolz darauf, größter FH-Standort Österreichs zu sein und was das in der Rentabilität bedeutet für die jungen Menschen, die hierher kommen, für die Studierenden, und darüber braucht man, glaube ich, nicht diskutieren. Mein Aufruf ist einfach, wir haben im Ausschuss darüber gesprochen und ich weiß, dass einige Überlegungen bei der KPÖ und bei den Grünen noch anstanden, als wir uns im Ausschuss getrennt haben. Mein

Aufruf ist einfach, ich bitte um größtmögliche Geschlossenheit, um hier nicht ein Hintertürchen oder eine Schwachstelle zu öffnen, die dem Verhandler und den Verhandlern des Landes ein Argument liefern zu sagen, naja, ihr seid euch ja selber gar nicht einig, wie wichtig euch das ist. Also bitte um größtmögliche Geschlossenheit, um unseren Verhandlern hier ein Instrument in die Hand zu geben, das schlagkräftig ist und das auch Schlagkraft gegenüber dem Land auslöst. Es ist ein Präzedenzfall, aber es ist einfach..., es gilt, hier ein Zeichen zu setzen, so kann man als Land nicht seine Budgetprobleme lösen, wenn man hergeht und die Dinge nicht löst, sondern in die Stadt verschiebt, das ist eine Art, wie nicht vorgegangen werden kann und ich bitte hier um Ihre Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist ja schon sehr angesprochen worden vom Kollegen Haßler und auch vom Kollegen Frölich. Ich finde, hier geht es nicht nur um einen konkreten Fall, sondern das ist meiner Meinung nach ein sehr trauriges Kapitel der Bildungspolitik in Österreich. Wenn wir die Fachhochschulen, für die die Stadt ja immer eingetreten ist und wofür sie auch bereits sehr viel Geld ausgegeben hat, dem Bund und dem Land in Wirklichkeit keine 480.000 Euro wert ist, dann ist das für mich wirklich ein Armutszeichen der Bildungspolitik in Österreich (*Applaus KPÖ*). Wir haben hier ein ganz typisches Beispiel, wie der Sparkurs der Reformpartnerschaft im Land funktioniert, nämlich so, dass einfach Verantwortung abgeschoben wird und wohin wird es geschoben, es wird ständig von oben nach unten geschoben. Wie es so schön heißt in einem Sprichwort, den Letzten beißen die Hunde, und genauso kommt es mir in diesem Fall vor. Jetzt können wir natürlich

sagen, ok, 480.000 Euro ist jetzt bei einem gesamten Budgetvolumen nicht die Welt, aber hier geht es, glaube ich, um das Prinzip, wo wir einhaken müssen, denn der Träger der Fachhochschulen ist eindeutig das Land. So wie in vielen Bereichen der Schule sind Städte und Gemeinden immer dran, sozusagen einen Hauptteil der Finanzierungen auch zu leisten und dagegen sollten wir uns wehren. Wir haben bei uns im Klub darüber sehr lange diskutiert, weil eben genau dieser Punkt der Studiengebühren hier im Stück auch eine Rolle spielt. Wir werden dem gesamten Stück heute unsere Zustimmung geben, weil wir durchaus der Meinung sind, dass wir es dem Land nicht so einfach machen sollten, aber wir möchten hier auch dezidiert erklären, dass wir grundsätzlich gegen eine Einführung von Studiengebühren sind und da, weiß ich, gibt es unterschiedliche Auffassungen, aber das möchten wir hier einfach dezidiert noch einmal gesagt haben. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Ich möchte mich da persönlich zu Wort melden, weil das, was Sie jetzt gesagt haben, hat mich wirklich herausgefordert, jetzt auch was sagen zu müssen. Sie vertreten ja auch als Klubchefin die kommunistische Partei und damit auch kommunistisches Gedankengut. Und wenn man als Kommunistin herausgeht ans Rednerpult und sagt, es ist unglaublich, dass die da oben wieder was nach unten verschieben, dann möchte ich Ihnen nur sagen, dass im Kommunismus immer oben bestimmt wird, was alle zu tun haben und dass ein Föderalismus wie wir ihn in unserem Land haben, in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich Gott sei Dank ganz, ganz anders aufgebaut ist. Und wenn wir dafür gekämpft haben, dass es auch Studiengebühren gibt, weil wir die Ausnahmen dazu geschafft haben und damals das Land Steiermark fairerweise gesagt hat, jetzt gibt es Einnahmen und ihr kriegt welche und jetzt die Situation umgedreht wurde aufgrund von einem langwierigen Kampf, dass es ja in Österreich keine Studiengebühren geben darf und damit Einnahmen fehlen, und meine Kinder haben auch studiert und ich

kann es mir leisten, das waren wunderbare Dinge. Ich will das einmal ganz deutlich sagen, haben wir vom Land Steiermark etwas bekommen und jetzt sagen sie, wir haben es nicht mehr, wir können es euch nicht geben, wir sind auch auf einem Konsolidierungsweg und deswegen, glaube ich, sollte man nicht so unfair mit dem Land umgehen. Wir haben als Stadt Graz ganz klar gesagt, dass wir in punkto Bildungspolitik auch mit dabei sind, das wäre normalerweise nicht unsere Aufgabe, das System der Fachhochschulen wurde über Österreich länderweise unterschiedlich aufgesetzt, wir haben ja gesagt dazu, dass wir als Stadt Graz wie im Pflichtschulbereich für die Gebäude, für die Grundstücke und für deren laufenden Betrieb die Kosten übernehmen, wir haben eine klare Regelung mit Bund und Land von Anfang an mitunterschrieben, wir haben selbst in diesem Gemeinderat alle Stücke dazu beschlossen und in diesem Gemeinderat herinnen haben wir leider auch einmal beschlossen, Wolfgang Riedler hat uns das damals vorgelegt, dass wir relativ wenig Mitspracherecht im Aufsichtsrat haben und solche Dinge wollen wir jetzt wieder, wenn möglich, umkehren. Es wird uns in Verhandlungen mit dem Land gelingen, aber da rauszugehen und zu sagen, es ist eigentlich ungeheuerlich, wie das Land mit uns umgeht und die beiden Partner da oben sind schon wieder so grausam und die Bildungspolitik geht zugrunde, dem muss ich einfach entgegenstellen, nein, wir haben es ausverhandelt, wir haben etwas bekommen, was jetzt leider aus unserer Sicht, eine andere, nicht mehr möglich ist und deswegen ist das für mich eigentlich im Moment alles noch fair und wir haben Gott sei Dank einen Weg gefunden, wie auch steuerrechtlich alles wieder hält. Aber jetzt herauszugehen und zu sagen, es ist eigentlich schlimm, wie das gehandhabt wird, muss ich Ihnen ganz offen sagen, so geht es nicht. Sie können sich dann gerne noch einmal melden, aber es hat mich jetzt einfach..., war mir wichtig, Ihnen jetzt auch einmal die Sichtweise zu sagen, wir haben alles da herinnen beschlossen, wir haben verhandelt, einmal haben wir schlecht verhandelt, haben es trotzdem beschlossen, also müssen wir jetzt auch jene Persönlichkeiten wieder ausstatten, um dort wieder mehr zu..., Der Zeitpunkt kommt sowieso, weil das Programm der Fachhochschulen ändert sich, das Leistungsprofil

ändert sich, der Arbeitsmarkt ändert sich und wir werden wieder gefragt werden bei Erweiterung, bei Veränderung, in den unterschiedlichen Lehrgängen, alles was wir dort haben und dann werden wir uns dort einbringen und um das geht es letzten Endes auch in dem Stück, dass wir uns da wieder melden. Aber bitte nicht so tun, als wenn die da oben wieder die Bösen und wie gesagt, noch einmal, kommunistisch schaut das ganz anders aus auf der Welt, da wird nur oben geredet, dazu werden Sie auch was sagen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wenn Sie mein kommunistisches Gedankengut ansprechen, dann möchte ich Ihnen aber auch sagen, dass im Kommunismus Bildungseinrichtungen grundsätzlich für die gesamte Bevölkerung unentgeltlich waren (*Applaus KPÖ*) und das ist unsere Einstellung und da geht es hier nicht da oben um die Reformpartner, sondern es geht grundsätzlich, und das habe ich auch gesagt, es ist ein Armutszeichen der Bildung in Österreich und das ist völlig wurscht, ob das das Land, die Stadt oder der Bund ist, dass für Bildung, die heute das Um und Auf ist für die Zukunft unseres Landes, dass hier wieder mit den Gebühren von den Studierenden gehandelt wird (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Frau Kollegin, ich möchte Ihnen vehement widersprechen, dass im Kommunismus jeder studieren konnte, ich kann es in meiner Familie sagen...

Zwischenruf GR.in Bergmann: Das habe ich nicht gesagt.

GR. Mag. **Molnar**: Ja, unentgeltlich, hier war es nicht das Geld, sondern der politische Background der Familie und der Person selbst, wo Punkte vergeben wurden. Mein Onkel, mein Vater, alle durften nicht studieren, weil sie politisch nicht die korrekte Punkteanzahl hatten und deswegen von der Universität abgewiesen wurden (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Ina, es hat mich jetzt wahnsinnig aufgeregt, was du gesagt hast mit dem Zugang. Ich muss dir sagen, die Familie meines Mannes in Tschechien, die durften alle nicht studieren, mein Mann hat den gesamtschechischen Physikerwettbewerb gewonnen, durfte nicht einmal ein Gymnasium besuchen und ihr tut jetzt so, als sei im Kommunismus freier Zugang gewesen zur Bildung und du merkst, ich bin jetzt aufgeregt, weil ich finde das wirklich sehr, sehr traurig, dass so etwas gesagt wird und völlig die Realität im Kommunismus von euch nicht wahrgenommen wird (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich versuche jetzt ein bisschen emotionsloser an die Sache heranzugehen, aber gerne mit Aufmerksamkeit. Das waren im Endeffekt sehr wichtige Worte, die für mich da gefallen sind, nämlich auch der freie Zugang zur Bildung ist einfach ein ganz wichtiges Thema für uns. Man merkt jetzt einfach, dass die Diskussion einfach auch sehr heißblütig geführt werden kann, dass es in Summe um was Gutes geht, das war jetzt einmal ursächlich vom Antrag her, aber dass eben natürlich Studiengebühren dann auch wieder ein anderes Thema sind. Und genau aus diesem Grund habe ich einen Zusatzantrag vorbereitet und der Zusatzantrag

lautet, ihr bekommt ihn nachher noch: „Der Grazer Gemeinderat spricht sich gegen eine Einführung von Studiengebühren aus.“ Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Ich sehe da jetzt an der Wortmeldung vom Kollegen Pacanda, hoher Gemeinderat, bisschen eine Verwirrung. Die Rechtslage ist so, dass es in Österreich Studiengebühren gibt, Punkt, und zwar bei den Fachhochschulen. Nur die Erhalter können frei entscheiden, das ist vom Gesetzgeber ermächtigt, ob sie diese einheben oder nicht. Und bei den Universitäten sind sie wieder abgeschafft worden. Nicht bei den Fachhochschulen, es ist auch klar, weil dann hätte der Bund ja sofort für die Finanzierung einspringen müssen, weil er ja Privaten verbietet, die Finanzierung zu lukrieren. Und das Land Steiermark hat bei der FH Joanneum nunmehr beschlossen, diese nicht einzuheben, beim Wifi werden sie selbstverständlich eingehoben und ich weiß aus Gesprächen, dass es für die allermeisten der Gesprächspartner an den FHs kein Problem darstellen würde, diese moderaten Gebühren auch zu zahlen und im Übrigen geht es nicht, ging es nie um die Nichtermöglichung, die finanzielle Nichtermöglichung eines freien Studienzugangs, sondern diese Studienzuschüsse werden erstens allen Stipendienbeziehern zu 100 % abgegolten und die, die knapp kein Stipendium bekommen, die bekommen noch aus einem Sonderfonds eine teilweise Unterstützung. Also ich wollte nur die Kirche im Dorf lassen. Und das Wichtigste in dem Zusammenhang, der Herr Bürgermeister hat es angedeutet, es gibt Bestrebungen, den Fachhochschulbereich weiter auszubauen und wenn es uns nicht gelingt, in der Steiermark dort mit dabei zu sein, dann werden wir, obwohl wir jetzt hervorragend bestückt sind, abgekoppelt werden und es könnte auch mit ein Grund sein, eine drohende Abkoppelung von einer weiteren Entwicklung, weil wir bei der FH Joanneum die Beschlusslage haben, keine solchen Gebühren einzuheben und ich frage jetzt ganz allgemein, das Wort freier Studienzugang bleibt dann eine leere Hülse, wenn es faktisch nicht möglich ist, weil

es die Studienplätze einfach nicht gibt zu studieren und ich ersuche, hier nicht Schwarz und Weiß zu malen, sondern wirklich das Gespräch zu führen und ernsthaft in die Sache einzusteigen. Aber das ist unabhängig jetzt von dem Beschluss, den wir heute zu führen haben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen auf der Galerie! Es ist schon erstaunlich, wie so ein kleines Stück, wo es um die Verhandlungsstrategie zwischen Stadt und Land über einen kleinen Beitrag der Fachhochschulkosten geht in Ideologie und in die bildungspolitische Debatte reinführt. War nicht so beabsichtigt, wenn's stattfindet, müssen wir natürlich auch, nachdem ich ein Grüner bin und eine Grünideologie vertritt, zu Wort melden. Eines vielleicht ganz grundsätzlich, vor Jahren, wie ich nur an der Uni gearbeitet habe und nicht auch hier im Rathaus, habe ich ein Buch geschrieben über die Finanzierung des gebührenfreien Hochschulzugangs in Österreich 1999/2000, so irgendwas, damals noch vor der Einführung der Studiengebühren, war Beratung für Minister Einem übrigens, der hat das akzeptiert, damals konnten wir Studiengebühren damit noch verhindern, inzwischen hat sich regierungsmäßig was gewechselt und, und, und, wir hatten Studiengebühren, wir haben sie eingeführt, wir haben sie abgeschafft...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Nicht abgeschafft.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...wir haben sie halb abgeschafft, wir heben sie nicht ein und weiß Gott alles, wir haben Studiengebühren für Langzeitstudierende, also alle Fakten rauf

und runter. Ganz generell muss ich schon sagen, nachdem ich aus dem Hochschulbereich komme, das ist mir schon wichtig. Studiengebühr ist vielleicht ein schönes Wort, Bildungssteuer wäre die bessere Bezeichnung dafür und ich glaube, Bildung ist was Wichtiges, Bildung ist die Zukunft dieses Landes, Bildung und Humankapital ist ein wichtiger Produktionsfaktor, schiache Ökonomen Sprache, ist mir schon klar, aber wir brauchen Bildung überall, in der Wirtschaft auch, in der Gesellschaft auch und das ist einfach der falsche Weg, Bildung für die Betroffenen zu vergebühren oder zu besteuern und hier was einzuheben. Wo sollen die Studierenden das Geld herhaben, das können ja nur die Eltern zahlen und das ist der falsche Weg.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Stipendium.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wenn wir über Steuern, wenn wir über Finanzierung reden, dann reden wir über Grunderwerbssteuer, wie der Karl Kamper heute im Ausschuss, dann reden wir über Grundsteuer, über Vermögenssteuer, über Erbschaftssteuer, Leute, dort liegt das Geld, dort müssen wir hinschauen. Bitte lasst doch die armen Studierenden in Ruhe, lasst sie in Frieden studieren, die Abschaffung dieser erklecklich geringen Erbschaftssteuer, die wir in Österreich gehabt haben, hat mehr gekostet als die Studiengebühren je gebracht haben. Also wenn man Geld für Bildung braucht, dann schauen wir dorthin, wo man hinschauen sollte. In dem Sinne, habe noch kurz mit dem Philip Pacanda gesprochen, ich werde formal einen Abänderungsantrag zu seinem Zusatzantrag stellen, weil der Zusatzantrag lautet: Der Grazer Gemeinderat spricht sich gegen eine Einführung von Studiengebühren aus, der Hinweis, das ist formal nicht ganz korrekt ist richtig, deswegen stelle ich einen Abänderungsantrag, wir sprechen uns nicht gegen die Einführung, sondern gegen die

Einhebung von Studiengebühren aus. Wir wollen, egal ob es Studiengebühren de facto gibt oder nicht, wir wollen, dass keine eingehoben werden, ich glaube, das ist im Sinne vom Philip und dieser Abänderungsantrag formal oder ändert selber, völlig egal. Aber ich glaube, der richtige Begriff ist gegen die „Einhebung“ von Studiengebühren, das ist genau das, was gemeint ist. Damit die Abänderung zum Zusatzantrag.

Zurück zum Stück, natürlich sind die Grünen für Bildung und gegen Studiengebühren, das ist eh klar, im Stück geht es um ein bisschen was anderes, was eigentlich gedacht war, falls es Studiengebühren geben sollte und das obliegt nicht dem Gemeinderat, sondern das obliegt dem Schulerhalter, wenn er sich das Geld holt, dann soll er uns daran beteiligen, das kann man schon akzeptieren, aber es muss klar sein, wir sind, sofern wir irgendwas zu sagen haben, gegen die Einführung von Studiengebühren oder gegen die Einhebung, jetzt sage ich wieder falsch, gegen die „Einhebung“ von Studiengebühren. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Botschaft, wenn das klar ist, dann kann man natürlich auch sagen, wenn sich bei der FH irgendwann was ändert, dann möge das Land diesen Kuchen mit uns teilen. Aber im Prinzip ist es der falsche Kuchen, Leute, bitte schaut's zu einer Vermögenssteuer, schaut's zu einer Erbschaftssteuer, dort ist das Geld, dort können wir unsere Sachen finanzieren. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Krotzer:** Um das noch einmal kurz zusammenzufassen, worüber wir hier gerade diskutieren. In Wahrheit geht es ja darum, dass hier die SPÖ und die ÖVP in Graz eben auch auf die Stimme der KPÖ und der Grünen angewiesen sind, um gegen ihre eigenen Landesparteien entsprechend Druck zu machen (*Applaus KPÖ*). Ja, da sind wir natürlich gerne bereit, dass wir hier aushelfen, was ich allerdings nicht ganz verstehe, dass wenn die Argumente irgendwie ausgehen, dass man dann irgendwie in die Mottenkiste des Antikommunismus greift (*Applaus KPÖ*)...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das sagt grade ihr.

GR. **Krotzer:** Ja, das sagen gerade wir und weil so getan worden ist, als wäre es für Studierende auch ganz einfach, Studiengebühren zu verlangen. Ich möchte nur einmal, ein weiteres Mal darauf hinweisen und auf die studierende Sozialerhebung, wonach 60 % der Studierenden während des Semesters arbeiten müssen, um sich ihr Studium finanzieren zu können, 80 % in den Ferien arbeiten müssen, also hier zu tun, als wäre bei den Studierenden das Geld zu holen, das muss ich ganz klar zurückweisen. Ich möchte aber auch in Erinnerung bringen, und da kann ich mich dem Kollegen Wohlfahrt auch anschließen, es gibt schon Leute in Österreich, wo man das Geld hernehmen könnte. Noch einmal in Erinnerung gebracht die Zahl, das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt 469 Milliarden Euro, ich glaube, da sollte man hinschauen, da können wir uns ein Geld herholen, das sind die offiziellen Fakten, das sind die offiziellen Statistiken und ich glaube, damit würde man auch den Verwaltungsaufwand, der verbunden ist mit der jetzigen Studiengebührenlösung, dass man hier auch einiges verändern könnte. In diesem Sinne vielen Dank an den Philip für den Antrag, den wir natürlich auch, also den Abänderungsantrag, dem wir zustimmen werden. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat Krotzer. Wenn Sie als Kommunist in diesem österreichischen Universitätssystem gerade ihren Studienabschluss gemacht haben,

möchten wir Ihnen trotzdem hier herinnen herzlich gratulieren. Germanistik und Geschichte (*allgemeiner Applaus*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ein kurzes Wort, jetzt sind wir eigentlich genau dort, wo wir nicht hinkommen wollten. Natürlich ist die Diskussion spannend über Kommunismus und Kapitalismus und über ohne Entgelt studieren zu können oder nicht. Nur bitte schauen Sie einfach noch einmal kurz in das Stück hinein, es geht um einen ganz einfachen Zusammenhang, das Land hat uns 500.000 Euro gestrichen für die Fachhochschule, die müssen wir jetzt aus eigenem Budget begleichen. So, das finden wir ungerecht, ganz egal, ob Studiengebühren eingehoben werden oder nicht, das finden wir ungerecht, weil das Land konsolidiert auf Kosten der Stadt. Gesamtsteirisch wird gar nichts eingespart in der Steiermark.

Zwischenruf GR. Eber: Der Herr Bürgermeister hat aber gesagt, das dürfen wir nicht sagen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das hat er nicht gesagt. Und jetzt haben wir das nicht einfach geschluckt und haben gesagt, jawohl, liebes Land, klar, wir sind brav, wir zahlen das einfach, wenn du willst, nein, wir haben gesagt, wir wollen es nicht zahlen und wir sind in Verhandlungen eingetreten. Und jetzt gibt es halt die Möglichkeit, stärken wir jetzt die Finanzdirektion bei den Verhandlungen oder stärken wir sie nicht. Ich finde, der Gerald Haßler hat so eine wunderbare pragmatische Position, der ist auch gegen Studiengebühren, aber er sagt nur, sollte das Land Studiengebühren

einheben, wo er dagegen ist, dann hätten wir gerne das Drittel. Es ist nicht mehr und es ist nicht weniger und jetzt ist halt die Geschichte, wenn das ein knapper Mehrheitsbeschluss wird, dann tut sich auch der Finanzdirektor ein bisschen schwerer, leicht wird es soundso nicht und wenn das halt ein einstimmiger Beschluss ist, dann tut er sich ein bisschen leichter. Es ist nicht mehr und nicht weniger, also vielleicht können wir die Diskussion über Studiengebühren und über Kommunismus und Kapitalismus auf das nächste Mal verschieben. Deshalb die Bitte, dieses Stück, diese beiden Punkte anzunehmen und der Zusatzantrag ist an und für sich nicht Thema von dem gesamten Antrag (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt haben wir ja da ein paar Anträge, der Zusatzantrag wurde noch einmal geändert, der Zusatzantrag vom Herrn Gemeinderat Pacanda heißt jetzt: „Der Grazer Gemeinderat spricht sich gegen eine Einhebung von Studiengebühren aus.“ Damit macht er das endgültig unmöglich, was der Kollege Haßler auch sehr pragmatisch vorgeschlagen hat und dann brauchst auch mit dem Land wenig verhandeln, weil das Land hat ja was nicht eingehoben, damit viele von Ihnen zufrieden sind und wir eine andere Meinung haben. Also ich wollte ihn nur noch einmal vorlesen. Zuerst stimmen wir über das Stück ab.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und jetzt schauen wir, ob das noch Sinn macht, was wir gerade beschlossen haben, weil jetzt habe ich einen Zusatzantrag, den wir dann abstimmen

werden, aber vorher... bitte gerne, den Kollegen Haßler haben wir schon so lobend erwähnt, dass er gerne noch einmal klarstellen möchte, wie er das sieht.

GR. Mag. **Haßler**: Vielleicht sollte ich das nächste Mal kürzer berichten, dann wird es vielleicht leichter. Nein, es ist ja bekannt, dass ich ursprünglich einmal aus Kärnten eingereist bin in die Steiermark und mich jetzt da sehr wohl fühle und ich wollte immer schon einmal gerne beim Villacher Fasching als Zuschauer mit dabei sein. Ich habe aber nie die Absicht gehabt, dort Gegenstand der Sitzung zu sein. Wenn wir heute so beschließen, dann kann ich garantieren, dass wir, wenn das bekannt wird dort, wahrscheinlich dann nächstes Jahre eine Nummer im Villacher Fasching sein werden. Wenn wir wirklich da das Land auffordern, uns im Falle, dass es Studiengebühren gibt, uns was zu geben und gleichzeitig einen Zusatzantrag mitschicken, aber wir wollen keine haben. Ich meine, das passt nicht. Ich würde den Philip bitten, wenn er es heute zurückziehen könnte, beim nächsten Mal einen dringlichen Antrag einbringt, wo er sich gegen das ausspricht, da könnten wir alle mitgehen, das wäre wirklich eine pragmatische Lösung. Bitte, Philip (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pacanda**: Mich würden jetzt zwei Sachen interessieren. Wenn ich den gleichen Antrag nächstes Mal einbringe, dann stimmen wir ihn positiv einstimmig ab und heute geht es nicht?

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Einstimmig eh nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann kenne ich mich wieder aus. Jetzt darf ich den Kollegen Wohlfahrt noch bitten, nachdem der Zusatzantrag geändert wurde, gibt es da noch einen Abänderungsantrag? Gut, gibt es nicht, wir haben jetzt einen Antrag, dieser Zusatzantrag ist da, der lautet...

GR. **Grossmann**: Wenn der Zusatzantrag abgestimmt wird, verlassen wir den Saal.

Die SPÖ verlässt den Gemeinderatssitzungssaal.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Der Antrag lautet jetzt: Der Grazer Gemeinderat spricht sich gegen eine Einhebung von Studiengebühren aus. Das würde bedeuten, dass wenn das Land wieder einmal Studiengebühren einhebt, wir dem Land signalisieren, dass wir die gar nicht haben wollen, unseren Anteil nicht haben wollen. Ich will das da nur noch einmal verdeutlichen. Das ist der Zusatzantrag.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.